

**Werner Rätz, Hardy Krampertz**

**Bedingungsloses Grundeinkommen  
– woher, wozu und wohin?**

## Impressum

© Bei den HerausgeberInnen bzw. AutorInnen

1. Auflage 2011

ISBN 978-3-940865-22-9

Satz + Umschlaggestaltung: H. Zimmermann, W. Schindowski

Druck und Herstellung: Digitaldruck leibi.de, [www.leibi.de](http://www.leibi.de)

Erscheinungsort: Neu-Ulm

Die Veröffentlichung erscheint als M 247 in der Reihe Materialien der AG SPAK bei

AG SPAK Bücher    Tel. (07308) 91 92 61  
Holzheimer Str. 7    Fax (07308) 91 90 95  
89233 Neu-Ulm    E-Mail: [spak-buecher@leibi.de](mailto:spak-buecher@leibi.de) / [www.agspak-buecher.de](http://www.agspak-buecher.de)

Auslieferung für den Buchhandel: SOVA, Frankfurt Fax 069/410280

Mitglied bei aLiVe

### **Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek**

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

# Inhalt

<b>Einführung</b> .....	7
<b>Block A:</b>	
<b>Was ist ein bedingungsloses Grundeinkommen?</b> .....	9
Tafel 1: Was ist ein bedingungsloses Grundeinkommen? .....	11
<b>Migration</b> .....	12
Exkurs: Bedingungsloses Grundeinkommen als Projekt globaler Umverteilung .....	14
Tafel 2: Woher kommt die Idee? .....	16
<b>Fremdversorgung und Selbstversorgung</b> .....	17
Exkurs: Was ist „Arbeit“ und wie funktioniert Vergesellschaftung durch Arbeit? .....	19
Tafel 3: Wie funktioniert das? .....	21
<b>Grundeinkommen neoliberal</b> .....	22
Tafel 4: Wer ist für ein Grundeinkommen? .....	24
<b>Grundeinkommen in der Europäischen Union</b> .....	25
Tafel 5: Modelle für ein Grundeinkommen .....	27
<b>Richtungsforderung</b> .....	28
Tafel 6: Bedingungsloses Grundeinkommen und soziale Sicherungssysteme .....	30
<b>Verdeckte Armut</b> .....	31
Tafel 7: Soziale Sicherungssysteme – Beispiel Namibia .....	33
<b>Freihandel</b> .....	34
Tafel 8: Beispiele für ein Grundeinkommen – überall auf der Welt .....	36
<b>Sozialgeldtransfer</b> .....	37
<b>Block B:</b>	
<b>Wie kann ein bedingungsloses Grundeinkommen Wirklichkeit werden?</b> .....	39
Tafel 9: Erste Schritte? – Alaska, Namibia u.a. ....	41
<b>Globale Soziale Rechte</b> .....	42
Tafel 10: Auf dem Weg? – Großbritannien, USA .....	44
<b>BürgerInnenrecht</b> .....	45
Tafel 11: Welche Schritte führen zu einem Grundeinkommen? .....	47
<b>Kinderarmut</b> .....	48
Tafel 12: Wo beginnen? .....	50
<b>Ernährungssouveränität</b> .....	51

**Block C:**

<b>Was und wer spricht gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen?</b> .....	53
Tafel 13: Wer ist gegen ein Grundeinkommen? .....	55
<b>Zuviel Umverteilung?</b> .....	56
Exkurs: Der Sozialstaat oder wieviel Emanzipation braucht ein Mensch? .....	58
Tafel 14: Zerstört ein Grundeinkommen die Sozialsysteme? .....	60
<b>Infrastruktur</b> .....	61
Tafel 15: Macht ein Grundeinkommen nur die Reichen reicher? .....	63
<b>Armut und Ausgrenzung</b> .....	64
Tafel 16: Verhindert ein Grundeinkommen die Teilhabe durch Erwerbsarbeit? .....	66
<b>Arbeitsgesellschaft</b> .....	67
Tafel 17: Grundeinkommen – Belohnung für Faulheit? .....	69
<b>Faulheit</b> .....	70
Exkurs: Die systemische Krise des Kapitalismus oder was ist Reichtum wirklich? .....	72
Tafel 18: Ist ein Grundeinkommen finanzierbar? .....	74
<b>Finanzierung</b> .....	75
Tafel 19: Ist genug für alle da? .....	77
<b>Ökologische Grenzen</b> .....	78
Exkurs: Wachstumskritik und Grundeinkommen .....	80

**Block D:**

<b>Was bewirkt ein bedingungsloses Grundeinkommen?</b> .....	82
Tafel 20: Grundeinkommen: Es ermöglicht vielfältige Tätigkeiten .....	84
<b>Tätigkeitsgesellschaft</b> .....	85
Exkurs: Schaffung von Allgemeingütern durch Aneignung des zum Leben Benötigten? .....	87
Tafel 21: Grundeinkommen: Es verändert die Arbeitswelt .....	89
<b>Neue Arbeit</b> .....	90
Tafel 22: Grundeinkommen: Es verändert die geschlechtliche Arbeitsteilung .....	92
<b>Geschlechtliche Arbeitsteilung</b> .....	93
Tafel 23: Grundeinkommen: Anerkennung aller Formen gesellschaftlicher Arbeit .....	95
<b>Kreativität</b> .....	96
Exkurs: Wissen und Wert, immaterielle Arbeit und Produktivität .....	98
Tafel 24: Grundeinkommen: Wer gewinnt? .....	100
<b>Gesellschaftlichkeit</b> .....	101
Tafel 25: Grundeinkommen: Eine Gesellschaft aus freier Übereinstimmung .....	103
<b>Gutes Leben</b> .....	104

# Einführung

Dieses Buch dokumentiert zwar die Ausstellung „bedingungsloses Grundeinkommen“, die in Zusammenhang mit dem dritten deutschsprachigen Grundeinkommenskongress im Oktober 2008 in Berlin entstanden ist. Aber es handelt sich gleichzeitig um deutlich mehr als ein Begleitheft oder um einen Katalog zur Ausstellung. Unser Anspruch ist es, zu zeigen, dass die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens umfassende Visionen einer Gesellschaft transportiert, in der es den Individuen als TrägerInnen der Menschenrechte möglich ist, nein zu jeder Zumutung zu sagen, der sie sich nicht freiwillig stellen wollen. Deshalb ist das bedingungslose Grundeinkommen auch kein technisches Konzept, das sich kluge Leute ausdenken und das man dann nur noch verwirklichen muss. Nicht Gesetzesvorschläge und Bundestagsabstimmungen werden uns dem Grundeinkommen näherbringen, sondern das lebendige Bemühen der Menschen, die Baustelle Gesellschaft selbst, selbstbewusst und mit aller ihnen möglichen Kreativität zu gestalten.

Das klingt emanzipatorisch und positiv, fast wie ein Traum, und ist auch genau das. Und eben deshalb handelt es sich um einen hoch konfliktiven Vorschlag. Wir leben in einer Gesellschaft, weltweit wie national, in der einige mehr Macht, Einfluss und Durchsetzungsmöglichkeiten haben als andere, und zwar nicht zufällig und gelegentlich, sondern systematisch. Die werden nicht von sich aus begeistert sein von einem Vorschlag, der es allen ermöglicht, sich ihrer Macht und ihrem Einfluss zu entziehen und sich auf ihre eigenen Bedürfnisse zu besinnen.

Um das Grundeinkommen gibt es also gesellschaftlichen Streit und es wird ihn weiter geben. Diese Auseinandersetzungen sind wichtig und machen einen Teil der Qualität eines späteren Grundeinkommens aus. Oft werden wir in Diskussionen gefragt, ob die Menschen denn schon „reif“ für ein Grundeinkommen wären und damit für eine Gesellschaft, in der sie selbstverantwortlich über ihre Tätigkeit entscheiden können. Ja, es stimmt, eine solche Gesellschaft ent-

steht nicht aus dem Nichts. Sie kann nicht verordnet oder sozusagen als Geschenk den Menschen übergestülpt werden. Sie will erarbeitet und eingeübt sein.

Und genau das geschieht in den Auseinandersetzungen um die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Diese gesellschaftlichen Kämpfe sind es, die den Menschen das Selbstbewusstsein geben, für ihre eigenen Anliegen selbst verantwortlich sein zu wollen und zu können. Ein späteres Grundeinkommen wird genau so viel wert sein wie die Kämpfe, die darum geführt worden sind. Die Phantasie diesbezüglich anzuregen, Richtungen aufzuzeigen, in die das gehen könnte, mögliche PartnerInnen zu benennen ist Anliegen dieses Buches.

Die Ausstellung selbst gibt in vier Blöcken einen Einblick in die Fragen: „Was ist ein bedingungsloses Grundeinkommen?“, „Wie kann es Wirklichkeit werden?“, „Wer oder was spricht dagegen?“, „Was bewirkt es?“ Die Ausstellungstafeln stellen je abgeschlossene Aussagen dar, die je für sich lesbar und verständlich sind. Sie enthalten aber immer auch Elemente, die über die unmittelbare Aussage hinausführen. Wir werden sie im Folgenden als Aufhänger nehmen, um jeweils einen solchen Aspekt etwas auszuführen, der sich nur indirekt aus den Aussagen der Tafel ergibt. Das Anliegen ist es also, die Aussagen der Tafeln über sich selbst hinaus zu öffnen und die Kreativität der LeserInnen anzuregen. Grundeinkommen wäre in diesem Sinne als eine Richtungsforderung zu verstehen, die uns zeigt, wo es einmal hingehen könnte, ohne dass damit genaue Handlungsanweisungen für hier und jetzt verbunden wären.

Formal wird das so aussehen, dass nach der Dokumentation der Tafel das jeweilige Thema benannt und sehr kurz erläutert werden wird. Dann werden wir einen oder mehrere Buchtipps mit Kurzbesprechung, Internetadressen benennen, wo man sich weitergehend informieren kann und schließlich in einem Text einige Elemente des angesprochenen Themas darstellen. Diese Texte sind manchmal zitiert, dann in der Regel auch für die Bedürfnisse der Darstellung in

unserem Rahmen gekürzt oder bearbeitet. In diesen Fällen ist angegeben, wo der Originaltext herkommt und nachgelesen werden kann. Texte ohne AutorInnen- und Quellenangabe sind von uns speziell für dieses Buch geschrieben worden. Einige Themen konnten aus Platzgründen in der Ausstellung selbst nicht behandelt werden. Sie werden hier in Form von Exkursen eingebaut.

Wir, beide Autoren der Ausstellung und des Buches, sind seit vielen Jahren in der Attac-AG „genug für alle“ engagiert. Diese AG setzt sich aktiv für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein und hat vielfältige Initiativen diesbezüglich unternommen. Wir haben dieses Engagement immer so verstanden, dass es einen Bezug zu den real stattfindenden Auseinandersetzungen um ein gutes Leben hier und jetzt haben muss. Das Grundeinkommen ist kein Wolkenkuckucksheim, das in der Phantasie an die Stelle von

als unzulänglich und repressiv erlebten Sozialsystemen treten könnte, es ist auch nicht der magische *deus ex machina*, der alle Probleme löst, sondern ein Vorschlag, der Kraft und Richtung gibt beim Eingreifen in die täglichen sozialpolitischen Auseinandersetzungen. Damit irritieren wir gelegentlich unsere PartnerInnen in beiden Bewegungen. Vor allem für KollegInnen in den Gewerkschaften sind unsere Überlegungen der Trennung von Erwerbsarbeit und Einkommen oft schwer nachvollziehbar. Und umgekehrt löst es in der Grundeinkommensbewegung manchmal Befremden aus, wenn wir von Migration, den Schulden des Südens oder der ökologischen Frage reden. Aber wir sind überzeugt, dass die Dinge so zusammengehören und muten sie deshalb nicht nur unseren politischen PartnerInnen, sondern auch unseren LeserInnen zu.

# Was ist ein bedingungsloses Grundeinkommen?



Die Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen ist sehr lebendig und dementsprechend viele Vorstellungen davon kursieren, was es denn nun eigentlich sein sollte, das Grundeinkommen. Es kommt zwar immer wieder vor, dass einzelne ProtagonistInnen einfach von „dem“ Grundeinkommen reden, aber tatsächlich sind nicht einmal die Begrifflichkeiten vereinheitlicht. In der Regel ist dann von Grundeinkommen die Rede, wenn es um Zahlungen geht, die die ersten vier in Tafel 1 dargestellten Bedingungen erfüllen (individuell, ohne Arbeitszwang, ohne Bedürftigkeitsprüfung, existenzsichernd), und dann von Grundsicherung, wenn Bedingungen irgendwelcher Art damit verbunden sind.

Aber das ist keineswegs sicher, vor allem der Begriff Bürgergeld wird vielfach benutzt, um eigene Verständnisse und Zugänge deutlich zu machen. Benutzen manche (wie etwa Wolfgang Engler, siehe Tafel 10) ihn noch, um auf das hinzuweisen, was das Wort selbst sagt, also auf einen Zusammenhang mit (staats-)bürgerlichen Rechten, so hat er bei anderen eher die Funktion, geringe Leistungen hinter wohlklingenden Begriffen verschwinden zu lassen (so etwa beim „solidarischen Bürgergeld“ von Dieter Althaus oder noch deutlicher dem „liberalen Bürgergeld“ der FDP, das ausdrücklich kein Grundeinkommen sein will).

Ähnliches gilt für die Bezeichnung „negative Einkommensteuer“. Einerseits handelt es sich dabei um eine Art und Weise, Ansprüche aus dem Grundeinkommen und Verpflichtungen aus dem Steuersystem gegeneinander aufzurechnen (siehe Tafel 3), und insofern um einen technischen Begriff. In diesem Sinne wird er in einigen Vorschlägen benutzt, etwa bei den Grünen, aber auch bei der *BAG Grundeinkommen* bei der Linken und bei der *Attac AG genug für alle*. Andererseits war es dieser Modus, unter dem in den USA schon in den 1960er Jahren eine Zahlung diskutiert wurde, deren Zweck hauptsächlich darin bestand, die Menschen mit so geringen materiellen staatlichen Hilfen auszustatten, dass sie einem faktischen

Arbeitszwang um jeden Preis unterlagen. Deshalb bündelt die Bezeichnung oft Befürchtungen vor einem organisierten Verarmungsprogramm.

In der deutschsprachigen Debatte gibt es die Spezialität, dass vor allem durch die Rolle des Professors und Unternehmers Götz Werner für manche ein bestimmtes Finanzierungsmodell so eng mit dem Grundeinkommen verbunden ist, dass es als identisch gelten könnte. Der Vorschlag zielt darauf, das Steuersystem insgesamt von direkten Steuern zu befreien und auf Umsatzsteuern umzustellen. Zwar ist dies in der Werner'schen Vorstellung in der Tat strategisch zentral und wird auch vielfach unterstützt, aber es handelt sich dennoch nur um einen Finanzierungsvorschlag unter vielen. Die Idee des Grundeinkommens funktioniert völlig unabhängig davon und manche Kritik, die sich lediglich am Finanzierungsmodus festmacht, geht insofern weit daneben.

Einige Beteiligte an der Grundeinkommensdebatte haben ihre Vorstellungen in Modellen zusammengefasst. Das erweist sich vor allem für Akteure im etablierten Politikbetrieb (also meist in den verschiedenen Parteien) als hilfreich, hat für die gesamte Vielfalt der Bewegung aber auch negative Auswirkungen. Die betreffen zunächst einmal die publizistische und wissenschaftliche Wahrnehmung der Debatte, die sich weitgehend auf die Rezeption der Modelle beschränkt. Im Vergleich der Modelle wird tendenziell all das unsichtbar, was eigenständig, unvergleichbar, individuell ist.

Besonders schade ist das für die riesige Kreativität, die die Grundeinkommensidee immer wieder freisetzt. In Veranstaltungen im Saal oder bei Infoständen auf der Straße geschieht es regelmäßig, dass Menschen anfangen zu überlegen, wie ihr Leben sich wohl ändern würde, wenn sie ein Grundeinkommen hätten, oder wie es anders verlaufen wäre, hätten sie es gehabt. Sie entwickeln Ideen, was sie gerne tun möchten und was sie besonders gut tun könnten. Sie schmieden miteinander Pläne und entwickeln Projekte.

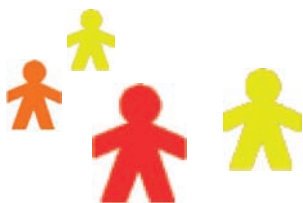
Oft fangen einige dann auch an, Aspekte dieser Überlegungen umzusetzen. Da entstehen Projekte gegenseitiger Hilfe oder gemeinsamer Gestaltung von Teilbereichen des täglichen Lebens. Da wird Geld gesammelt, um wem auch immer und wo auch immer ein „Grundeinkommen“ auszuzahlen. Da werden Modellprojekte für bestimmte Personengruppen oder Orte oder Zeiten entworfen. Manchmal verschwindet dabei vor Begeisterung über das Konkrete der gesellschaftliche Kern der Grundeinkommensidee, der ja darin besteht, dass alle, jede und jeder, mit der je eigenen Produktivität und Kreativität in der Gesellschaft anerkannt und materiell abgesichert sein sollen.

Zwar haben wir die Notwendigkeit der selbstbewussten Kämpfe für die eigenen Bedürfnisse betont, aber die Grundeinkommensidee löst sich eben nicht auf in ein „Das machen wir mal selber“. Sie bleibt mit dem Anspruch der gesellschaftlichen Regulierung verbunden. Zwar kann nicht die Geldzahlung als solche ein Menschenrecht sein, sondern immer nur ein Mittel zu seiner Umsetzung. Aber Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und am allgemeinen Reichtum ist ein Menschenrecht und die menschenrechtliche Begründung damit zentral für die gesamte Idee des Grundeinkommens.



# Was ist ein bedingungsloses Grundeinkommen?

Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist eine staatliche Geldzahlung, die Menschen in folgender Weise erhalten



**individuell** denn das Individuum ist Träger der Menschenrechte und nicht irgendeine Bedarfsgemeinschaft

**ohne Bedürftigkeitsprüfung** denn solche Prüfungen auf Ämtern führen immer dazu, dass Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, sie nicht bekommen

**ohne Arbeitszwang** denn mit Zwang kann niemand gut und kreativ tätig sein

**in existenzsichernder Höhe** denn nur, wenn Menschen sich keine Angst um ihr materielles Überleben machen müssen, können sie ihre Möglichkeiten und Potenziale voll entfalten

**für alle, die hier sind** denn es darf nicht zweierlei Recht für Menschen am gleichen Ort geben

[www.grundeinkommen-attac.de](http://www.grundeinkommen-attac.de)

# Migration

„Solange die extremen wirtschaftlichen Unterschiede zwischen reichen und armen Ländern bestehen“, schreibt die österreichische Journalistin Corinna Milborn, „werden Menschen auch unter Lebensgefahr dem Geld nachwandern. Damit gibt es nur eine mögliche Variante für ein Grundeinkommen: die globale. Grundeinkommen lokal oder regional zu denken, ist daher unrealistisch. Wer das tut, übersieht den großen Haken Migration“.

## Zum Lesen

■ *Corinna Milborn: Gestürmte Festung Europa. Einwanderung zwischen Stacheldraht und Ghetto.* Das Schwarzbuch. Styria Verlag, Wien 2006, 280 Seiten, ISBN 978-3-22213 205-6, 19,90 €

Die europäischen Außengrenzen sind tödlicher, als es der so genannte Eisernen Vorhang im Osten jemals war. Obwohl die Grenzen und Auffanglinien inzwischen immer weiter nach Nordafrika und in die Herkunftsländer verlegt werden, sterben nach wie vor Tausende beim Versuch, in die EU zu gelangen. Auf Lokalausweis in den Einwandererghettos und den Hochburgen der Illegalisierten, in Gesprächen mit den Betroffenen hat Corinna Milborn herausgefunden, was diese Menschen denken und was sie bewegt. Ein erschütternder Zustandsbericht über die verzweifelte Lage von Menschen am Rand der europäischen Gesellschaft.

## Im Internet

■ <http://www.afrique-europe-interact.net/>  
Die Webseite des Aktionsnetzwerkes mit vielen aktuellen Beispielen für Kämpfe und Widerstand.

■ <http://nolager.de>  
Die (alte) Seite des NoLager-Netzwerkes mit grundlegenden Informationen.

■ <http://www.eza.org/de/veroeffentlichungen/seminarberichte/mobilitaet-und-migration-von-arbeitnehmern/der-arbeitsbegriff-im-wandel-die-bedeutung-des-demografischen-wandels-und-der-migration-fuer-den-arbeitsmarkt.html>

Ein Seminarprojekt aus der europäischen Christdemokratie: Die Bedeutung des demografischen Wandels und der Migration für den Arbeitsmarkt in der EU

■ <http://www.forumcivique.org>

Die Webseite des Europäischen Bürgerforums mit umfassenden Informationen und Texten, insbesondere auch zur Landwirtschaft und dem Widerstand der Betroffenen

## Grundeinkommen für alle, die hier sind

In der internationalen Grundeinkommensbewegung gibt es unterschiedliche Vorstellungen davon, was ein bedingungsloses Grundeinkommen leisten muss. Einigkeit besteht bezüglich der ersten drei auf der Tafel genannten Kriterien. Bezüglich der Höhe haben sich zwar die Netzwerke in den deutschsprachigen Ländern darauf verständigt, dass sie entscheidend ist (von der Höhe hängt es ab, ob ich gegebenenfalls zu Zumutungen nein sagen kann), aber für viele Länder des Südens stellt sich die Frage anders dar (siehe Tafel 8: Sozialgeldtransfer). Auch bezüglich der Migration könnte schon ein geringer Betrag dazu führen, dass viele Menschen nicht auswandern würden. Schließlich verlassen nicht wenige ihre Heimat lediglich aus Not.

*Attac Deutschland* beziehungsweise seine *AG genug für alle* hat sich aber darauf verständigt, dass es ein fünftes Kriterium geben muss, das ein bedingungsloses Grundeinkommen zu erfüllen hat: Es muss an alle gezahlt werden, die hier leben. Das hat etwas mit unserem menschenrechtlichen Grundverständnis zu tun. Meist ist die Vorstellung, wer zum Bezug eines bedingungslosen Grundeinkommens berechtigt sein soll, an die Staatsbürgerschaft oder an eine gewisse (legale) Aufenthaltsdauer gebunden. Das führt aber dazu, dass allein etwa eine Million Menschen, die dauerhaft hier leben, vom Bezug des bedingungslosen Grundeinkommens ausgeschlossen wären. So

hoch wird nämlich die Zahl derer geschätzt, die sich ohne gültige Papiere in Deutschland aufhalten. Menschenrechtlich wäre das ein unhaltbarer Zustand, schließlich widerspricht es vollständig einem modernen Rechtsverständnis, dass einige am gleichen Ort Rechte haben, die andere ebendort nicht haben.

Diese Auffassung hat Konsequenzen. Die betreffen zum einen die Frage der Auszahlung eines Grundeinkommens. Schließlich werden Menschen ohne gültige Papiere regelmäßig ausgewiesen, wenn sie den Behörden bekannt werden. Dennoch leben die Illegalisierten hier, gehen zur Arbeit, ihre Kinder besuchen Kindergärten und Schulen. Es gibt also Möglichkeiten, wie sie unauffällig Rechte in Anspruch nehmen können. Es wird darum gehen, Modalitäten zu finden, wie eine Auszahlung des bedingungslosen Grundeinkommens etwa über die Kommunen auch für sie handhabbar wird, ohne dass sie sich ausweisen müssen. Dabei werden Überlegungen wichtig, Teile des Grundeinkommens als öffentliche Infrastruktur zu denken, die für die BenutzerInnen kostenlos ist.

Zum zweiten bedeutet die menschenrechtlich konsequente Position, ein Grundeinkommen für alle zu fordern, die hier sind, aber gleichzeitig auch, dass man es als ein Projekt der globalen Umverteilung von Nord nach Süd begreifen muss. Menschen sind zu allen Zeiten ihrer Geschichte von zu Hause weg und woanders hin gegangen. Meist war das für alle Beteiligten ein produktiver und nützlicher Austausch.

Anders stellt sich die Situation dann dar, wenn sehr viele Menschen auf Grund wirtschaftlicher oder anderer Notlagen gleichzeitig in dieselbe Weltregion wollen. Das ist heute der Fall, weil ein jahrhundertelanger Prozess des europäischen Kolonialismus die Lebensmöglichkeiten für immer mehr Menschen in der so genannten Dritten Welt zerstört hat (siehe Exkurs: Globalisierung und Schulden).

Ein globales bedingungsloses Grundeinkommen muss dafür sorgen, dass für die Menschen im Süden wieder Lebensmöglichkeiten in ihren Heimatländern entstehen. Das Weggehen ist für die meisten nur eine letzte verzweifelte Möglichkeit, in der Regel suchen sie nach Wegen, zu Hause zurecht zu kommen. Oft gehen Einzelne und schicken den Daheimgebliebenen regelmäßig Geld. Schon heute leben viele Menschen von diesen Rücküberweisungen. In einigen Ländern machen sie ein Viertel und mehr des gesamten Bruttoinlandsprodukts aus, auch wenn es sich im Einzelnen oft um sehr kleine Beträge handelt. Hier könnten schon geringe Grundeinkommenszahlungen große Wirkungen haben.

Dabei muss klar sein: Ein menschenrechtlicher Standpunkt verlangt aus Gründen der historischen und moralischen Gerechtigkeit einen solchen Ausgleich. Es kann nicht das eigentliche Ziel sein, Menschen an ihrer Bewegungsfreiheit zu hindern. Die muss – und kann – ihnen in einer gerechten Welt ohne weiteres ermöglicht werden.

## Exkurs

### Die arm gemachten Länder des Südens oder bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) als Projekt globaler Umverteilung

Seit langem ist bekannt, dass der Reichtum auf der Welt höchst ungerecht verteilt ist. Obwohl noch niemals so viel Reichtum existierte wie heute, gab es auch noch nie so viele arme und hungernde Menschen. Dabei wird seit Jahrzehnten Entwicklungshilfe gezahlt, es gab für die ärmsten Länder Schuldenerlasse und pausenlos finden Gespräche und Verhandlungen über wirtschaftliche Zusammenarbeit statt. Trotzdem verringert sich die Ungleichheit nicht, sondern wird größer.

1982 stellte mit Mexiko erstmals in der jüngsten Geschichte ein Land seine Schuldenzahlungen wegen Zahlungsunfähigkeit ein. Dem war ein etwa zehnjähriger Prozess vorausgegangen, in dem auf den internationalen Kreditmärkten dramatische Veränderungen stattgefunden hatten. In der ersten Hälfte der 1970er Jahre hatte sich vor allem bei privaten VermögensbesitzerInnen sehr viel Geld angesammelt. Der Schah von Persien etwa wollte 1974 eine hohe Summe bei Krupp investieren und hatte Mühe, sein Geld loszuwerden. Schließlich konnte er zweimal 300 Mio. Ecu unterbringen, etwa 1,25 Mrd. DM. Damit war das wirklich dringende und drängende Problem offenbar: Wohin mit dem vielen Geld der großen VermögensbesitzerInnen?

Die damals gefundenen Antworten gehen in zwei Richtungen und prägen bis heute die Struktur der Weltwirtschaft. Einmal wurde die Funktion der Finanzmärkte systematisch ausgeweitet und so die Grundlage der vielen Krisen gelegt (siehe Exkurs: 4 Krise). Zweitens wurde die Kreditvergabe vor allem an die Länder des Südens erheblich ausgeweitet. Die waren größtenteils erst ganz frisch unabhängig geworden und planten oft große Entwicklungsprojekte. Wegen des vielen anlagesuchenden Kapitals waren die Zinsen niedrig. Obwohl bereits der zweite Weltwirtschaftsgipfel 1976 davor warnte, dass die hohe Verschuldung der Entwicklungsländer ein Problem werden könnte, ging die Kreditvergabe munter weiter.

Ende des Jahrzehnts erhöhte die US-Zentralbank die Zinsen drastisch, zu Beginn der 1980er-Jahre nach Amtsantritt von Präsident Reagan stiegen sie zeitweise auf über 20 Prozent. Das überforderte fast alle Länder des Südens und führte zu Mexikos Pleite. Für eine solche Situation gab es keine Regeln. Innerstaatlich gibt es das Insolvenzrecht, das dazu führt, dass für Privatleute wie für Unternehmen nach Abzahlung dessen, was geleistet werden kann, ein neuer Anfang möglich ist. International bestimmten die Gläubiger allein und die hatten gar kein Interesse an neuen Anfängen. Im Gegenteil, für die Bank ist es gar nicht günstig, wenn eine Schuldnerin ihren Kredit zurückzahlt. Da muss sie nur eine andere suchen, die das Geld erneut leiht. Einfacher ist es, wenn die bisherige Schuldnerin immer weiter Zinsen zahlt; die Tilgung ist dann nicht mehr bedeutsam.

Genau auf diesen Ablauf hat sich das internationale Schuldenmanagement nach und nach eingestellt. Wer nicht mehr zahlen kann, bekommt neue Kredite, um die alten abzulösen. Dafür muss das Land dann bestimmte politische Maßnahmen zusagen. Diese Verhandlungen waren lange als Strukturangepassung bekannt, heute tragen sie andere Namen, sind in der Sache aber gleichgeblieben. Es geht darum, dass die GläubigerInnen bestimmen, in welcher Form die SchuldnerInnen zukünftig ihren Reichtum produzieren sollen. Da geht es dann nicht mehr, dass beispielsweise schwarze Bohnen und Maniok als Grundnahrungsmittel für die lokale Bevölkerung angebaut werden. Die bringen keine Geld, schon gar keine Devisen. Es müssen Produkte für den Weltmarkt her, etwa Erdbeeren, Tomaten und Paprika für den nordamerikanischen oder europäischen Markt im Winter. Da das nur in Bewässerungslandwirtschaft möglich ist, kann man dem Land auch gleich noch einen weiteren Großkredit für den notwendigen Staudambau aufdrücken. Die dort lebenden Menschen müssen weichen und vergrößern die Zahl der Einkommenslosen in den Städten. All das passierte beispielsweise im Nordosten Brasiliens in dieser Zeit in großem Umfang.

Hier schließt sich der Kreis zum Thema Grundeinkommen. Auf dem Land hatten die Menschen zwar meist auch kein Geld, aber sie produzierten ihre eigenen Lebensmittel und das sicherte ihnen ein bescheidenes Auskommen. In der Stadt sind sie

auf den Markteinkauf angewiesen. Arbeitsplätze für sie gibt es nicht, die Regierungen haben weder Geld für Sozial- noch für Arbeitsplatzbeschaffungsprogramme, weil sie ja Schulden bezahlen müssen. Für alle Entwicklungsländer zusammen haben sich diese seit der mexikanischen Staatspleite 1982 ungefähr vervierfacht, obwohl sie in absoluter Summe bereits mehrfach zurückgezahlt worden sind. Seit Jahrzehnten fließt mehr Geld aus den meisten arm gemachten Ländern des Südens in den reichen Norden als umgekehrt.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen muss aus vielen Gründen ein globales Projekt sein. Einer der wichtigsten ist die internationale Gerechtigkeit. Aber auch ökonomisch kann keine Stabilität in die Weltwirtschaft einkehren, wenn sie dauerhaft einseitig zu Lasten der Schwächsten geht. Ein Mindesteinkommen gegen den Hunger (basic food income

– siehe Tafel 8: Sozialgeldtransfers und Tafel 12: Ernährungssouveränität), umfassender Schuldenerlass für die arm gemachten Länder und zumindest eine deutliche Begrenzung des Freihandels (siehe Tafel 7) müssten erste Schritte in einem weltweiten Grundeinkommensprogramm sein. Seine Finanzierung aus internationalen Steuern würden die richtige Richtung zeigen. Sowohl eine Finanztransaktionssteuer wie eine Flugbeizabgabe sind verschiedentlich dafür vorgeschlagen worden.

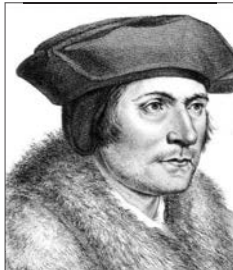
#### **Mehr Informationen**

- [www.erlassjahr.de](http://www.erlassjahr.de)  
Webseite des deutschen Zweigs der internationalen Kampagne
- <http://sjep.revues.org>  
Schweizer Jahrbuch für Entwicklungspolitik mit umfangreichen Einzeluntersuchungen

## Woher kommt die Idee?



Bis in die frühe Neuzeit erhielten die Menschen überall auf der Welt das zum Leben Notwendige ganz überwiegend dadurch, dass sie es selbst anbauten oder herstellten. Das ist für die meisten Menschen auf der Welt auch heute noch so. Nur in einer Marktgesellschaft ist Einkommen die Voraussetzung zum Überleben. Haben die Menschen beides nicht, dann müssen sie nehmen, was sie kriegen. Der Streit darüber ist nicht neu.



**Thomas Morus**  
hält 1516 eine Einkommensgarantie für ein weitaus besseres Mittel gegen die Kriminalität als die Todesstrafe.

**Thomas Malthus**  
fordert zu Beginn des 19. Jahrhunderts den völligen Verzicht auf jegliche Hilfe für die Armen, weil die sonst nicht mehr arbeiten und stattdessen Kinder produzieren würden.



**Paul Lafargue**  
erklärt 1887 die Arbeitssucht verantwortlich für das persönliche Elend der Arbeiter.

# Fremdversorgung und Selbstversorgung

Nachdem die britischen Banken *Nothern Rock* und *Royal Bank of Scotland* im Sommer 2008 in Schwierigkeiten gekommen waren, bemühten sich viele ihrer KundInnen um die Auszahlung ihrer Guthaben. Politiker überall auf der Welt waren alarmiert. Was wäre, wenn die Menschen überall dem allgemeinen Zahlungsmittel Geld nicht mehr trauen würden?

## Zum Lesen

■ *André Presse: Grundeinkommen. Idee und Vorschläge zu seiner Realisierung*, Institut für Technologie (KIT) Karlsruhe 2010, 184 Seiten, ISBN 978-3-86644-485-0, kostenlos im Netz: [http://ebookey.org/Grundeinkommen-Idee-und-Vorschlag-zu-seiner-Realisierung\\_949679.html](http://ebookey.org/Grundeinkommen-Idee-und-Vorschlag-zu-seiner-Realisierung_949679.html)

Die Dissertation von André Presse liefert eine ausführliche Argumentation für die Notwendigkeit der Fremdversorgung.

■ *Kai Ehlers: Grundeinkommen für alle. Sprungbrett in eine integrierte Gesellschaft*, Pforte Verlag Dornach 2006, 218 Seiten, ISBN 987-3-85636-191-4, 14,00 € Ehlers verweist am Beispiel der traditionellen Bauerngemeinden Russlands auf eine Ökonomie, die nicht auf Ware-Geld-Beziehungen beruht, in der nicht produziert wird, weil die Wirtschaft wachsen und das Kapital vermehrt werden muss. Es ginge also um eine Wirtschaft, die dem Bedarf der Menschen folgt, die auf der Basis von Nutzungsrechten und nicht von Eigentum organisiert wäre.

■ *Silke Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Wem gehört die Welt? Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter*, oekom Verlag, München 2009, 288 Seiten, ISBN 978-3-86581-133-2, 24,90 €

„Das Denken weiter Teile der Linken“, schreibt Silke Helfrich, „hat sich seit Jahrzehnten in den Dichotomien Staat versus Markt, Kooperation versus Konkurrenz, Privateigentum versus staatliches Eigentum eingerichtet. Dichotome Denkweisen vermögen es nicht, hinreichend Orientierung für neue Essenzen und Konstruktionsprinzipien einer so innovativen

wie ressourcenschonenden Wirtschaftsweise zu entwerfen.“ Es müsste also darum gehen, mit der Wiedereignung der Allgmeingüter Auswege aus festgefahrenen Gleisen zu gewinnen.

■ *Bernd Czorny: Zugänge zum bedingungslosen Grundeinkommen*, Dezember 2009 (unveröffentlichtes Manuskript)

Ermöglichen neue Produktionstechniken wie etwa 3-D-Drucker zukünftig die Eigenversorgung mit Gütern aller Art auf technologisch höchstem Niveau?

## Im Internet

■ <http://kai-ehlers.de/category/forum-integrierte-gesellschaft>

■ <http://commonsblog.wordpress.com>

Der Blog von Silke Helfrich zu Allgmeingütern

■ <http://www.social-innovation.org/?cat=222>  
Diskussionsseite für eine Ökonomie ohne Geld

■ <http://www.3ddruckerei.com>

## Auf dem neusten Stand er Technologie

Als vor etwa dreißig Jahren vor allem weibliche WissenschaftlerInnen das Thema Subsistenz wieder in die Diskussion brachten, schien dies vielen Menschen in den Industrieländern eine anachronistische Diskussion. Der Fortschritt schien unaufhaltsam in Richtung Versorgung mit vielfältigen, in diesem Umfang nie gekannten Gütern über den Markt zu gehen. In den 1960er Jahren hatten die Vereinten Nationen erstmals eine Entwicklungsdekade ausgerufen, fortschrittliche SoziologInnen in Lateinamerika nannten sich *desarrollistas*, also auf Entwicklung bezogene DenkerInnen.

An die Stelle der Entwicklungshilfe trat schon bald die Weltbank mit Strukturanpassung und Zerstörung der lokalen und informellen Lebensmöglichkeiten der Menschen zugunsten von Marktstrukturen. Heute leben weltweit immer noch etwa drei Milliarden

Menschen von Subsistenzproduktion, also von den Nahrungsmitteln, die sie im Wesentlichen selbst herstellen oder sammeln. Selbst für viele StadtbewohnerInnen ist dieses Element unverzichtbar. Ist das mehr als eine Notlösung, eine Situation also, die es zu überwinden gilt? Trotz Stadtgärten und zurück zur Natur ist es für viele moderne Menschen keine verlockende Vorstellung, sich umfassend selbst versorgen zu sollen.

In der Grundeinkommensbewegung ist es vor allem Götz Werner, der sehr klar dafür plädiert, die Situation der Fremdversorgung anzunehmen und zu gestalten. Nur eine arbeitsteilige Gesellschaft kann eine bestimmte Vielfalt und Spezialisierung von Produkten bieten. Um die nutzen zu können, sind Menschen dann allerdings auf die Sicherheit eines Einkommens angewiesen. Und die fehlt heute vielen, was zum Beispiel dazu führt, dass zwar Nahrungsmittel für etwa zwölf Milliarden Menschen hergestellt werden, aber dennoch gut eine Milliarde hungert (siehe Tafel 12: Ernährungssouveränität). Genau da liegt also ein sehr starkes Argument für ein bedingungsloses Grundeinkommen: In einer Fremdversorgungswirtschaft ist ein Einkommen die unbedingte Voraussetzung dafür, dass alle Menschen ihr Recht auf Teilhabe und gutes Leben auch verwirklichen können.

Aber wollen und können wir uns darauf verlassen, dass die Fremdversorgungsstrukturen wirklich zuverlässig funktionieren? Auch jenseits der gigantischen ökologischen Zerstörungen durch einen ausgedehnten Welthandel bleibt die Frage, was wäre, wenn das Vertrauen ins Geld zusammenbräche. Wie kämen wir dann zu den notwendigen Gütern? Vor allem KapitalismuskritikerInnen betonen, dass in dieser Wirtschaftsform nur das produziert wird, woran sich

etwas verdienen lässt. Kann jemand nicht zahlen, ist sie als Kundin uninteressant und ihre Bedürfnisse bleiben unberücksichtigt. Brauchen wir Selbstversorgungsstrukturen als so etwas wie vorausschauende antikapitalistische Notwehr?

Auch mit dem Bedürfnis der Menschen, die Welt und die Gesellschaft um sich herum aktiv zu gestalten, wird in diesem Zusammenhang argumentiert. So gesehen wäre es eine künstliche Grenze, die Produktion von Gütern und Dienstleistungen in die Erwerbsarbeit zu verlegen und den Zugang zu ihnen über den Markt zu regeln, während die nichtmateriellen Bedürfnisse der Eigentätigkeit überlassen bleiben. Zur Ganzheitlichkeit des Menschen gehöre eben auch die tatsächliche Gestaltung der materiellen Lebens- und Produktionsbedingungen.

Ein recht junger Strang der Debatte weist darauf hin, dass aktuellste technologische Entwicklungen es tatsächlich ermöglichen, Eigenversorgung auf höchstem technologischem Niveau zu erbringen. Geräte wie 3-D-Drucker oder Digital Fabricator (fabber) können mit einer Datei und einem Minimum an Ausgangsmaterial dreidimensionale Objekte herstellen. Sie existieren bereits als industrielle Großanlagen und in einfachen Varianten für den Hausgebrauch, und manche sagen ihnen eine Entwicklung voraus, die derjenigen der Computer vor einigen Jahrzehnten entspricht. Aus ursprünglich nur für Konzerne zugänglichen Großrechenanlagen wurden PC, mit denen wir heute große Teile unseres Alltags gestalten. Könnten in ähnliche Weise zukünftig Möbel, Haushaltsgeräte oder Fahrzeuge einfach nach individuellem Bedarf sozusagen ausgedruckt werden? Und was würde das für unseren Bedarf an Geld und Einkommen bedeuten?



## Exkurs 2

### Was ist „Arbeit“ und wie funktioniert Vergesellschaftung durch Arbeit?

Der Begriff Arbeit bezeichnet schon in unserer Umgangssprache höchst unterschiedliche Dinge. Er kann schlicht meinen, dass man zu tun hat. Dazu gehören so unterschiedliche Tätigkeiten wie Kartoffeln ernten, Atomkraftwerke entwerfen, Kinder gebären, Groschenromane schreiben oder Lieder singen. Manchmal schwingt dann noch die alte Konnotation von Mühe und Last mit: Ich hatte viel Arbeit heute! Mit diesem Satz wissen wir etwas über die Befindlichkeit der Sprechenden, aber nichts darüber, was ihr so mühsam war. Es könnte durchaus das morgendliche Aufstehen gewesen sein.

Etwas enger gefasst meint Arbeit all die Tätigkeiten, die gesellschaftlich wichtig oder notwendig sind, die getan werden müssen, wenn eine Gesellschaft funktionieren soll. Von unseren obigen Beispielen gehören Kartoffeln ernten und Kinder gebären dazu, Musik und Kunst haben eine solch wichtige und allgemeine Bedeutung, dass sie wohl ebenfalls in diesen Begriff gezählt werden müssten. Atomkraftwerke und Groschenromane sind zwar grundsätzlich überflüssig oder schädlich, aber in unserer heutigen Gesellschaft gelten sie als bedeutsam. Es steht also nicht ein für allemal fest, welche Tätigkeit gesellschaftlich nützlich und notwendig ist.

Deshalb werden einige auch bezahlt und führen uns zu einem dritten Verständnis von Arbeit: Arbeit ist, was bezahlt wird, Arbeit ist Erwerbsarbeit. So wird der Begriff meistens verwandt. Das ist nicht unproblematisch, wie obiges Beispiel zeigt: Kinder gebären ist keine Erwerbsarbeit ebenso wie alle mit der Reproduktion, mit Kindern, dem Haushalt verbundenen Tätigkeiten. Diese gelten nur als Erwerbsarbeit, wenn sie im Auftrag Dritter getan und somit bezahlt werden. So könnte selbst Kinder gebären zur Arbeit werden, als Leihmuttertschaft.

In allen drei beschriebenen Tätigkeitsbereichen könnten Menschen tatsächliche Güter des menschlichen Gebrauchs herstellen. Man könnte dies im engen Sinne als produktive Tätigkeiten beschreiben, hat dann

aber das Problem, dass Produktivität eigentlich viel umfassender verstanden werden müsste (siehe Exkurs 7: Wissensgesellschaft). Produktive Tätigkeit ist keineswegs immer und überall gleich. Im Kapitalismus allerdings benennt Produktivität eine Gemeinsamkeit, nämlich die, dass die Menschen nicht für sich selbst, sondern für Dritte arbeiten. ArbeitnehmerInnen verkaufen ihre Arbeitskraft und ArbeitgeberInnen bestimmen darüber, was sie genau damit machen. Ihnen gehört auch das, was da in der konkreten Arbeit geschaffen wird.

Das brauchen sie so wenig selbst wie die Beschäftigten es brauchen. Beide sind vielmehr darauf angewiesen, dass das Produkt sich an Dritte verkaufen lässt, die es tatsächlich benötigen. Gelingt das, erhält die Eine ihr eingesetztes Kapital mit einem Gewinn zurück und kann daraus die Andere bezahlen und den nächsten Kreislauf starten. Misslingt es, dann wird es diesen nächsten Zyklus nicht geben, und zwar unabhängig davon, welche Produkte gesellschaftlich sinnvoll wären. So gesehen ist Arbeit also das, was den Kapitalismus am Laufen hält.

Wie wir sehen, überschneiden sich die unterschiedlichen Arbeitsbegriffe. Es gibt Gründe für die Verwendung eines jeden. Aber mit der kapitalistischen Lohnarbeit kommt etwas in den Blick, das wir genauer betrachten wollen. Über sie entsteht im entwickelten Kapitalismus weitgehend überhaupt erst Gesellschaft. Nur wer in sie eingegliedert ist, erhält Einkommen und damit Zugang zum gesellschaftlichen Reichtum. Aus der jeweiligen Art kapitalistischer Lohnarbeit, die verrichtet wird, entstehen gesellschaftliche Stellung und Ansehen. Oft beziehen die Beschäftigten auch genau von hierher ihr Selbstbewusstsein und -verständnis.

Das spielt eine wichtige Rolle bei der Frage, ob die Idee eines Grundeinkommens mehrheitsfähig sein könnte. Kapitalistische Lohnarbeit ist zwar ein Zwangsverhältnis, das die Arbeitenden dem Willen und Kommando der KapitalbesitzerInnen unterwirft. Aber sie ist eben auch zum einen für viele im Kapitalismus die einzige Quelle des Überlebens und sie ist zum anderen in den Augen vieler ihre je eigene Möglichkeit, sinnvoll tätig zu sein. Deshalb hängen sie daran.

Die Arbeitenden sind ausgeliefert ans Kapital und sind gleichzeitig diejenigen, die Wert überhaupt erst schaffen. Dadurch sind sie selbst Teil des Kapitalver-

hältnisses. Diese Widersprüchlichkeit hat immer zu Kämpfen geführt. Weil sich die Beschäftigten in ihrer Arbeit produktiv mit der Welt um sich herum auseinandersetzen, wollen sie diesen Prozess auch so gestaltet sehen, dass sie sich darin wohlfühlen können. Man könnte dieses Bestreben „Befreiung in der Arbeit nennen“, im Sinne: „Ich will eine sinnvolle Tätigkeit haben!“

Unter dem Kommando des Kapitals wird nun aber die Arbeit dem Profit und nicht einer Sinnhaftigkeit gemäß gestaltet. Deshalb wollen die Arbeitenden selbst bestimmen, wie der Arbeitsprozess aussehen soll. Das hieße dann „Befreiung der Arbeit“, also „Ich will in meiner Tätigkeit nicht fremdbestimmt werden!“

Der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkom-

mens eröffnet eine dritte Ebene. Warum überhaupt sollte Gesellschaft erst entstehen, wenn und indem Lohnarbeit stattfindet? Warum

kann Gesellschaft nicht aus freier Übereinkunft der Beteiligten hergestellt werden? Diese Übereinkunft müsste dann auch die Frage einschließen, wie zukünftig gemeinsam dafür gesorgt werden kann, dass die notwendigen Tätigkeiten getan, verrichtet werden. Aber Arbeit wäre dann nicht mehr Voraussetzung zur Teilhabe, hier ginge es um eine „Befreiung von der Arbeit“, im Sinne: „Ich will in Freiheit tätig sein!“

### **Mehr Informationen**

- <http://www.streifzuege.org/>  
Arbeits- und wertkritische Webseite

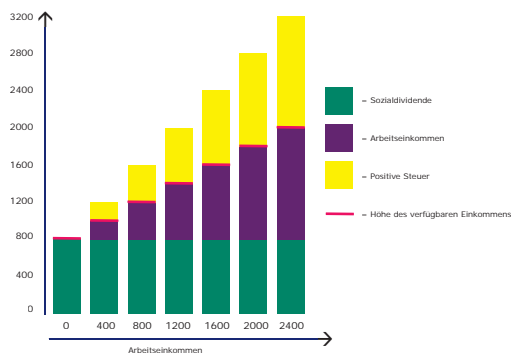
# Wie funktioniert das?

## Die Sozialdividende

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie die Auszahlung eines bedingungslosen Grundeinkommens geregelt werden kann. Die erste Frage, die sich stellt, ist, ob das Geld zuerst an jede Person gezahlt wird, und dann schaut man, wer denn über so viel eigenes Einkommen verfügt, dass er oder sie selbst zur Finanzierung der staatlichen Zahlung beitragen kann und folglich dementsprechend zur Steuer veranlagt wird.

Dieses Vorgehen nennt man Sozialdividende.

**Sozialdividende:**  
Arbeitseinkommen, Sozialdividende, positive Steuer und verfügbares Einkommen im Falle einer Sozialdividende von Euro 800,- und eines positiven Steuersatzes von 50 %



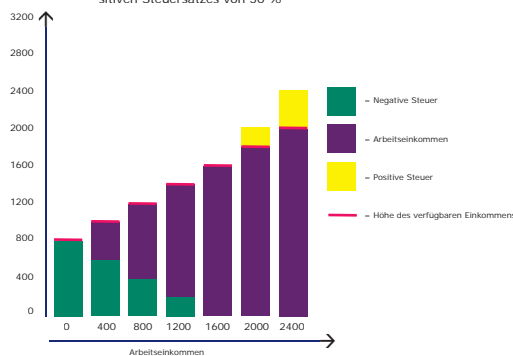
## Die Negative Einkommensteuer

Man kann auch andersherum zuerst die Steuererklärungen anschauen und daraus ersehen, wer so viel eigenes Einkommen erzielt, dass sie oder er keiner staatlichen Unterstützung bedarf. Gezahlt wird dann nur an diejenigen Personen, die unter einem bestimmten Satz liegen.

Dieses Vorgehen nennt man negative Einkommensteuer.

Eine Sozialdividende wird manchmal kritisch gesehen, weil der Umverteilungsbetrag formal sehr hoch ist. Eine negative Einkommensteuer kann leicht dazu führen, die Berechtigung Einzelner entgegen der Idee doch einzuschränken.

**Negative Einkommensteuer:**  
Arbeitseinkommen, negative Steuer, positive Steuer und verfügbares Einkommen im Falle eines Mindesteinkommens von Euro 800,- eines negativen Steuersatzes von 50 % und eines positiven Steuersatzes von 50 %



Ein möglicher Verteilungsmechanismus:

Aus unterschiedlichen Quellen (Einkommensteuer, Umsatzsteuer, „Maschinensteuer“, Devisenumsatzsteuer, etc.) fließt Geld an einen eigenen Rechtsträger. Der könnte ähnlich wie unsere heutigen Sozialversicherungen selbstverwaltet sein, um willkürliche staatliche Eingriffe zu erschweren, und unterhält in jeder Gemeinde Auszahlungsstellen, z.B. in den lokalen Sparkassen. Dort wird für jede Person ein Konto geführt, wo die Berechtigten ihr Geld abholen oder auch bargeldlos verwalten können.

# Grundeinkommen neoliberal

Mit dem Grundeinkommen verbinden sich vielerlei Interessen und politische Ziele, darunter auch solche, die vor allem auf eine Entlastung staatlicher Sozialtats zielen. Schon vor fast einem halben Jahrhundert forderte Milton Friedman, einer der Stammväter des Neoliberalismus, Armen bis zu einem Viertel des Existenzminimums auszuzahlen, alle anderen sozialen Hilfen abzuschaffen und sie mit dieser Summe auf dem Markt allein zu lassen. An dieses Programm schließen sich bis heute Vorschläge wie Kritiken an.

## Zum Lesen

■ Hartmut Neuendorff / Gerd Peter / Frieder O. Wolf (Hg.): *Arbeit und Freiheit im Widerspruch? Bedingungsloses Grundeinkommen – ein Modell im Meinungsstreit*, VSA-Verlag Hamburg 2009, 224 Seiten, ISBN 978-3-89965-353-3, 17,80 €

Auf einer Tagung des *Forums Neue Politik der Arbeit* wurde im Juni 2009 eine systematische Auseinandersetzung um verschiedene Aspekte eines bedingungslosen Grundeinkommens geführt. In ausgesprochen sachlicher Atmosphäre wurden je Pro- und Contra-Standpunkte diskutiert. Insbesondere ging es auch darum, die Diskussion um ein BGE mit den Gewerkschaften anzustoßen.

■ Dieter Althaus / Hermann Binkert (Hg.): *Solidarisches Bürgergeld. Das Konzept einer sozialpolitischen Revolution*, ISBN 978-3-84-233197-6, 17,90 €

Aktuelle Selbstpräsentation des Althaus'schen Konzepts.

## Im Internet

■ <http://archiv.insm.de/Soziales/Grundeinkommen.html>

Webseite der *Initiative Neues Soziale Marktwirtschaft*, neoliberaler Thinktank mit sehr vielen sehr informativen Texten dieser politischen Richtung

■ <http://www.pro-buergergeld.de/>  
Webseite der Initiative um Thomas Straubhaar, Roland Berger u.a.

■ <http://www.solidarisches-buergergeld.de/>  
Webseite des von Dieter Althaus geführten Instituts für Neue Soziale Antworten, ein Projekt, in dem sich neoliberale wie sozial engagierte BGE-Positionen nebeneinander finden

<http://www.brandeins.de/online-extras/dossiers/dossier/was-ist-eigentlich/artikel/was-ist-eigentlich-negative-einkommensteuer.html>

## CDU-Kommission träumt vom Bürgergeld für alle

Eine Kommission der CDU unter der Leitung des ehemaligen Thüringer Ministerpräsidenten Dieter Althaus schlägt ein Bürgergeld für jedermann vor. Die Höhe dieses Grundeinkommens: 600 Euro für Erwachsene und genauso viel für Kinder. 200 Euro pro Person müssten allerdings verpflichtend in die gesetzliche Krankenkasse eingezahlt werden.

Mit den verbleibenden 400 Euro läge das Bürgergeld immer noch zehn Prozent über dem heutigen Regelsatz von Hartz IV. Und die Bürger wären nicht mehr Bittsteller wie bisher. Sie müssten nicht länger ihre Bereitschaft zu arbeiten nachweisen, sondern bekämen jeden Monat automatisch vom Finanzamt ihre 600 Euro, egal ob arbeitslos oder erwerbstätig. Damit nicht genug – die Menschen sollen zusätzlich noch einen so genannten Bürgergeldzuschlag beantragen können, der die Kosten der Unterkunft abdeckt. Im Gegenzug fielen bisherige Sozialtransfers komplett weg, neben dem Arbeitslosengeld II (also Hartz IV) auch die Sozialhilfe, das Kindergeld und das Bafög.

„Die Einführung des Solidarischen Bürgergeldes bietet die Chance zur Revitalisierung der Sozialen Marktwirtschaft“, sagt Kommissionschef Dieter Althaus. Er sehe in seinem Konzept eine „Verbindung aus sozialer Sicherheit und wirtschaftlicher Freiheit“.

Anlass für die Debatte über das Bürgergeld war die Kritik an der Hartz-Reform. Das Bürgergeld ist ver-

wandt mit der Idee des bedingungslosen Grundeinkommens, das unter anderem Götz Werner propagiert, der Miteigentümer der Drogeriekette dm. Dieser hat am Abschlussbericht der CDU-Kommission mitgearbeitet.

Althaus und sein ehemaliger Staatssekretär Hermann Binkert, die Hauptautoren des CDU-Berichts, schlagen nun vor, das Bürgergeld in Form einer sogenannten negativen Einkommensteuer von den Finanzämtern auszahlen zu lassen. Das bedeutet: Wer keine eigenen Einkünfte hat, soll den Staatstransfer plus Zulagen in voller Höhe erhalten. Bei Bürgern, die dagegen auf ihr Einkommen Steuern zahlen müssen, würden diese mit dem Bürgergeld-Anspruch verrechnet. In Althaus' Modell kommen Arbeitnehmer mit bis zu 18.000 Euro Einkommen in den Genuss einer Bürgergeld-Überweisung. Wer mehr verdient, zahlt unter dem Strich Steuern an den Staat.

Bei einem alleinstehenden Arbeitnehmer mit 1200 Euro Bruttoeinkommen würden nach dem neuen Modell beispielsweise 480 Euro Steuern fällig. Weil er aber umgekehrt 600 Euro Bürgergeld erhielte, würde er unter dem Strich noch 120 Euro zusätzlich zu seinem Einkommen bekommen. Dieser Kombilohn

soll die Bürger animieren, trotz niedriger Löhne zu arbeiten.

800 Milliarden Euro würden auf diese Weise am Ende verschoben. Denn Althaus und Binkert wollen sämtliche Sozialbeiträge streichen, die Firmen und Beschäftigte heute in die Arbeitslosen-, Kranken-, Pflege- und Rentenkasse zahlen. Stattdessen schlagen sie vor, das Sozialsystem aus drei Quellen zu finanzieren: einer einstufigen Einkommensteuer von 40 Prozent auf alle Verdienste einschließlich Mieteinkünften und Kapitalerträgen, der Mehrwertsteuer und einer Lohnsummenabgabe in Höhe von 18 Prozent, welche die Unternehmen entrichten. Am Ende falle die Belastung der meisten Bürger durch Steuern und Abgaben insgesamt geringer aus als heute, sagt Althaus. Einige Gruppen wie Kapitalbesitzer müssten wegen der einheitlichen 40-Prozent-Steuer größere Lasten tragen. Ob das System gerechter wäre als das heutige, müsste man erst noch durchrechnen. Der einstufige 40-Prozent-Steuersatz für niedrige wie hohe Einkommen könnte immerhin dazu führen, dass Wohlhabende und Reiche im Vergleich zu heute Vorteile hätten. Gegenwärtig liegt der Spitzensteuersatz bei 45 Prozent.

*(gekürzt aus: Der Spiegel, 28.10.2010)*

# Wer ist für ein Grundeinkommen?

## BAG-SHI

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen legt ihren Schwerpunkt auf Umverteilung des Reichtums von den Wohlhabenden hin zu den Armen.



Der Bund der deutschen katholischen Jugend

betonen, dass vielfältige Tätigkeiten in einer Gesellschaft erwünscht sind und gefördert werden sollen.



Das Globalisierungskritische Netzwerk Attac

besteht darauf, dass die Verteidigung der aktuellen sozialen Errungenschaften und Sozialsysteme mit dem Grundeinkommen verbunden werden muss.



Das Netzwerk Grundeinkommen

schließt die verschiedenen Gruppen und Personen zusammen, die für ein Grundeinkommen eintreten.

Anthroposophische Organisationen



verweisen darauf, dass das wirtschaftliche, das politische und das geistig-kulturelle Leben zu ihrem je eigenen Recht kommen müssen.



Ministerpräsident Dieter Althaus vertritt ein staatliches Sparmodell, das nicht existenzsichernd ist.



Einzelpersonen treten für ein niedriges Grundeinkommen ein; die Partei will ein „liberales Bürgergeld“, das härtere Bedingungen als HartzIV aufweist.



Eine Minderheit von 40 % hat sich auf dem Parteitag für den sofortigen Beginn mit einem niedrigen Betrag ausgesprochen.



Die BAG Grundeinkommen hat ein eigenes, detailliertes Modell ausgearbeitet



Der Kreisverband Rhein-Erft hat sich als erster von 350 für ein bedingungsloses Grundeinkommen ausgesprochen...

# Grundeinkommen in der Europäischen Union

Der Stand der europäischen Einigung bringt es mit sich, dass eine bedingungsloses Grundeinkommen kaum noch im nationalen Rahmen gedacht werden kann. Bemühungen um seine Einführung müssen von vornherein auf die gesamte Europäische Union zielen. Die Debatten und Überlegungen in den einzelnen Ländern sind diesbezüglich sehr unterschiedlich weit fortgeschritten. Die deutschsprachigen Länder spielen dabei eine besondere Rolle, vor allem in Deutschland hat die Idee eine große Verbreitung erreicht. Deshalb bemühen sich verschiedene Initiativen um eine Ausdehnung auf andere Länder der EU. Eine herausragende Bedeutung könnte dabei der Europäischen Bürgerinitiative zukommen, die bis zum Jahr 2012 vermutlich in nationales Recht umgesetzt und dann EU-weit verfügbar sein könnte.

## Zum Lesen

■ Yannick Vanderborght, Philippe Van Parijs: *Ein Grundeinkommen für alle? Geschichte und Zukunft eines radikalen Vorschlags*, Campus Verlag Frankfurt am Main 2005, 167 Seiten, ISBN 978-3-59337 889-3, 14,90 €

Die Gründer und Koordinatoren des (früher europäischen, jetzt) weltweiten Netzwerks *Grundeinkommen* stellen die Idee vor und diskutieren ihre Realisierungschancen.

■ *Netzwerk Grundeinkommen (Hg): Kleines ABC des bedingungslosen Grundeinkommens*, AG SPAK, Neu-Ulm 2009, 60 Seiten, ISBN 978-3-930 830-55-8, 6,00 € Ein Überblick über wichtige Begriffe, Fragen und Antworten zum Grundeinkommen, Geschichte der Grundeinkommensidee, ausgewählte Organisationen, Initiativen und Gruppen, Filme, Videos, Ausstellungen, Literatur zum Grundeinkommen

■ Alfred Groff: *Bedingungsloses Grundeinkommen in Luxemburg. Bewusstsein, Kommunikation, Wille*, Beck-Verlag, Books on Demand, München 2010, 128 Seiten, ISBN 978-3-8423-0047-7, 10,00 € Konkrete Vorschläge für die Einführung eines BGE in

Luxemburg mit Benennung praktischer Maßnahmen im Rahmen einer demokratietheoretischen Erörterung. Der Autor diskutiert diese Fragen vor dem Hintergrund anthroposophischer Überzeugungen, die er umfassend darlegt.

## Im Internet

■ <http://www.woche-des-grundeinkommens.eu/> Seit 2008 findet jährlich in der 38. Kalenderwoche die Woche des Grundeinkommens statt.

■ <http://www.basiccomeinitiative.eu/> Die Webseite dient der Koordinierung der Europäischen Bürgerinitiative Grundeinkommen

■ <http://www.basicincome.org/bien/> Webseite des weltweiten Grundeinkommennetzwerks mit Links zu den nationalen Organisationen

## Europäische Bürgerinitiative nach EU-Vertrag Artikel 11, Abs. 4

Die UnterzeichnerInnen fordern die EU-Kommission auf, die Erarbeitung einer EU-Richtlinie für alle Mitgliedsstaaten zur Einführung des „Bedingungslosen Grundeinkommens“ zu veranlassen. Bei der Einführung des BGE verbleibt die Zuständigkeit zur Anpassung des jeweils bestehenden nationalen Sozialsystems bei den Mitgliedstaaten. Auch alle weiteren begleitenden Maßnahmen (zum Beispiel öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge) bleiben in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten.

Anhang:

Ein emanzipatorisches „Bedingungsloses Grundeinkommen“ ist durch die folgenden vier Kriterien beschrieben: allgemein (1), personenbezogen (2), bedingungslos (3), in existenz- und teilhabesichernder Höhe (4).

Das *Bedingungslose Grundeinkommen für alle* schafft Einkommensarmut restlos ab und ermöglicht größere Freiheit des Einzelnen, seine eigenen Lebens-

umstände zu bestimmen, und stärkt die gesellschaftliche Teilhabe aller. Es vermeidet soziale Spaltung, Neid- und Missbrauchsdebatten und deren Folgen, erübrigt aufwändige, repressive und ausgrenzende Festsetzungs-, Kontroll- und Überprüfungs bürokratien. Das Bedingungslose Grundeinkommen stiftet sozialen Frieden, stärkt die Identifizierung der Bürgerinnen und Bürger mit der Europäischen Union und sichert ihre politischen Teilhaberechte ab.

- 1) allgemein: Alle Bürgerinnen und Bürger, alle Bewohnerinnen und Bewohner des betreffenden Landes müssen tatsächlich in den Genuss dieser Leistung kommen. Angestrebt wird diese Leistung europa- und grundsätzlich weltweit.
- 2) personenbezogen: Jede Frau, jeder Mann, jedes Kind hat individuell ein Recht auf Grundeinkommen. Es darf nicht abhängig gemacht werden von der eigenen Einkommens- und Vermögenssituation oder der eines Familienmitgliedes bzw. eineR

MitbewohnerIn. Nur so können Kontrollen im persönlichen Bereich vermieden werden und die Freiheit persönlicher Entscheidungen gewahrt bleiben.

- 3) bedingungslos: Wir sehen das Grundeinkommen als BürgerInnen-Recht, das nicht von Bedingungen (z.B. Arbeitszwang, Verpflichtung zu gemeinsinniger Tätigkeit, geschlechterrollenkonformes Verhalten, Einkommens- und Vermögenssituation) abhängig gemacht werden kann.
- 4) existenz- und teilhabesichernd: Die zur Verfügung gestellte Summe soll ein bescheidenes, aber dem sozialen und kulturellen Standard der Gesellschaft entsprechendes Leben im jeweiligen Land ermöglichen, materielle Armut vermeiden und die gesellschaftliche Teilhabe sichern. Das bedeutet, dass der Betrag mindestens die Armutrisikogrenze gemäß EU-Standard erreichen müsste (das sind 60 Prozent des so genannten nationalen median-gemittelten Nettoäquivalenzeinkommens).



# Modelle für ein Grundeinkommen

## Die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung

setzt sich für ein Garantiertes Grundeinkommen für jede Person mit Wohnsitz in Deutschland (Zugezogene nach fünf Jahren) ein. Es ersetzt Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Grundsicherung für nicht Erwerbsfähige, Kindergeld, BAföG, etc. Kranken-, Pflege-, Renten-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung bleiben erhalten.

Das Grundeinkommen beträgt für Kinder unter 18 Jahren 400 und für alle anderen 660 Euro. Sozialversicherung und Wohngeldanspruch kommen hinzu und sichern die Armutsvermeidung. Hilfen in besonderen Lebenslagen bleiben bestehen. Die Auszahlung erfolgt über das Finanzamt.



## Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen

fordert ein Existenzgeld von 800 Euro monatlich plus gesetzliche Krankenversicherung und die tatsächlichen Wohnkosten sowie Hilfe in besonderen Lebenslagen. Es soll Diskriminierung, Disziplinierung und Spaltung unterer Einkommensschichten aufheben und ist verknüpft mit dem Anspruch auf Erwerbsarbeit und gesetzlich garantierten Mindeststundenlohn. Es ersetzt ALG II, Sozialhilfe, Asylbewerberleistungsgesetz, Kindergeld, Elterngeld und BAföG. Wichtigstes Finanzierungsinstrument ist eine neu einzuführende zweckgebundene Existenzgeldabgabe von 50% („Take-half“) auf alle Nettoeinkommen. Die Höhe bestimmt sich aus einem Warenkorb tatsächlichen Verbrauchs.

## Götz Werner

bezweifelt, dass es unsere Gesellschaft nötig hat, auch nur einen einzigen Bürger durch das soziale Netz fallen zu lassen. Unsere Produktivität steige ständig, nur nehmen wir das schon nicht mehr wahr. Hohe Steuern und Abgaben machten allerdings Erwerbsarbeit für die Unternehmen zu teuer. Ein bedingungsloses Grundeinkommen, bei dem die heute bestehenden sozialen Transfersysteme zusammengelegt werden, soll das ändern. Es soll die Menschen mit ausreichendem Einkommen versehen und damit ihnen ebenso wie den Unternehmen neue Spielräume verschaffen. Automation wird segensreich, denn durch den Wegfall von Arbeiten, die auch programmierbare Automaten leisten können, entsteht keine neue Arbeitslosigkeit. Gemeinwirtschaftliche und kulturelle Arbeitsaufgaben werden wieder finanzierbar. Viele neue Initiativen werden entstehen. Viele Menschen werden den Sinn in ihrer Arbeit wieder entdecken. Zentral für diese Wirkungen ist eine allmähliche Umstellung des Steuersystems weg von den heutigen direkten (Einkommens- und Gewinn-) Steuern hin zur Umsatzbesteuerung.



# Richtungsforderung

Die Grundeinkommensidee sprengt den herkömmlichen Rechts-Links-Rahmen der politischen Verortung. Zwar gibt es selbstverständlich BefürworterInnen wie GegnerInnen, die sich selbst eindeutig in diesen Kategorien verorten – aber schon das ist befremdlich, dass es beide Richtungen bei beiden Gruppen gibt. In allen Parteien gibt es BefürworterInnen und GegenrInnen ebenso wie in allen gesellschaftlichen Großorganisationen wie Kirchen und Gewerkschaften. Die BefürworterInnen eines BGE bei Attac Deutschland haben die Forderung immer als eine verstanden, die grundsätzlich die Richtung angibt, in die Gesellschaft verändert werden müsste. In diese Richtung kann man auch wollen, wenn man die Idee des BGE nicht teilt. Deshalb ist für uns das Kriterium der Zusammenarbeit weniger die grundsätzliche Haltung zum BGE als die Frage, wie die Betroffenen zu den tagtäglichen realen sozialpolitischen Verschlechterungen stehen, mit denen wir seit Jahrzehnten konfrontiert sind. Mit oder ohne BGE: Den Menschen muss es besser gehen, wenn Politik richtig sein soll.

## Zum Lesen

■ *Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfe-Initiativen (Hg): Existenzgeld Reloaded*, AG SPAK, Neu-Ulm 2008, 143 Seiten, ISBN 978-3-930 830-96-1, 16,00 €

Organisierte Erwerbslosengruppen waren die ersten, die das bedingungslose Grundeinkommen in Deutschland (BRD) zu einem politischen Thema machten. Mit der Bezeichnung „Existenzgeld“ drückten sie einen klaren Anspruch auf ein anständiges Leben in gesicherten Verhältnissen aus. Sie rechneten schon sehr früh die Finanzierung eines Modells vor, das auf Teilhabe derer von unten und Umverteilung von oben setzte und sich seines Widerspruchs zur bestehenden kapitalistischen Gesellschaft völlig bewusst war. Aktive aus diesem Aufbruch der 1980er Jahre haben ihre damaligen Überlegungen aktualisiert, ohne dass sie ihre Argumente hätten ändern müssen. Auch die Berechnung des Existenzgeldes wurde angepasst, ohne

das Modell zu verändern: Nach wie vor ist das innovative Instrument der Existenzgeldabgabe in Höhe von 50 Prozent aller Nettoverdienste („take half“) das wichtigste Finanzierungsinstrument.

## Im Internet

■ <http://www.unternimm-die-zukunft.de>  
Webseite des Interfakultativen Instituts für Entrepreneurship an der Universität Karlsruhe, Professor Götz Werner

■ <http://www.kab.de>  
Katholische Arbeitnehmerbewegung

■ [http://www.bag-shi.de/BAGSHI\\_Archiv/sozialpolitik/arbeitslosengeld2/regelsatz-und-existenzgeld](http://www.bag-shi.de/BAGSHI_Archiv/sozialpolitik/arbeitslosengeld2/regelsatz-und-existenzgeld)

## Das BGE ist heute eine Idee, kein Programm

Neue politische Vorschläge müssen in der gesellschaftlichen Diskussion verschiedene Phasen durchlaufen. Gesellschaften sind von bestimmten Haltungen, Erwartungen, Vorstellbarkeiten ihrer Mitglieder geprägt. Vorhandenes ist mehr oder weniger bekannt, Neues muss erst einmal vorstellbar werden. Deshalb erscheinen Lösungen immer dann besonders populär und glaubwürdig, wenn sie schlicht das Bekannte verlängern. Wer Neues einführen will, muss eine längere Diskussion darüber anzetteln. Dabei ist vieles zu klären. Was sind die Probleme, die es zu lösen gilt? In wessen Interesse sind sie zu lösen? Welchen Vorschlag genau machst du eigentlich? Welche anderen Vorschläge gibt es? Müssen wir das Problem tatsächlich lösen oder können wir es nicht auch aussetzen? Schafft dein Vorschlag vielleicht mehr neue Schwierigkeiten, als er alte löst?

Eine solche Debatte dauert lange, umso länger, je komplexer und vielfältiger das Problem ist und je ungewöhnlicher und vom Bekannten abweichender der neue Vorschlag. In unserem Fall geht beides sehr weit. Das Problem der sozialen Sicherheit für alle ist

außerordentlich komplex, es war nie völlig gelöst, es umfasst scharfe politische Interessensunterschiede. Und der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens stellt sehr tief sitzende Annahmen in Frage, die man für unverrückbar zu halten pflegte.

Das ist natürlich kein Argument gegen ein BGE, aber es ist eine Erklärung dafür, dass man nicht sofort mit allgemeiner Zustimmung rechnen kann. Man muss das Denken der Menschen beeinflussen, man muss die Idee verbreiten, man muss Sympathien gewinnen, Fragen in den Köpfen wecken. Das kann nicht mit Modellen oder Gesetzentwürfen geschehen, sondern nur im tagtäglichen Gespräch, in der geduldigen Entwicklung und Konzeptionierung der Idee.

Jedes Modell nimmt immer schon eine ganz bestimmte Situation an, in der es angewandt werden soll oder kann. Wenn zum Beispiel jemand vorschlägt, dass eine Steuer auf die Unternehmensgewinne, etwa in Form einer Wertschöpfungsabgabe, ein wesentliches Element der Finanzierung sein soll, dann hat das zur Folge, dass möglichst viele Unternehmen versuchen werden, sich dem durch Verlagerung zu entziehen. Man müsste eine Antwort darauf geben, wie diese Tendenz aufgehalten werden soll. Wenn jemand eine Finanzierung aus Einkommensteuern vorschlägt, so wird damit das Bestreben verstärkt, Einkommen vor der Steuerbehörde zu verstecken. Das wird in der Regel mit Arbeitseinkommen nur schwer möglich sein, mit Kapital- und Vermögenseinkommen aber viel leichter, so dass die Refinanzie-

rung des BGE stärker auf den Schultern derer liegen könnte, die es bekommen sollen, als in den Modellen angenommen wird. Umgekehrt ist es zwar richtig, dass Umsatzsteuerfinanzierungen es ermöglichen, die Werte dort zu erfassen, wo sie zwangsläufig auftauchen müssen, nämlich in den Verkäufen. Aber da sie die Konkurrenzsituation der Unternehmen im Inland verbessern, würden die auf den Weltmärkten stärker werden und so Arbeitslosigkeit und Einkommensenkungen exportieren. Zudem enthalten solche Modelle keine Instrumente, wie vorhandene Vermögensunterschiede verringert werden können. Der Ausweg hin zu Umweltsteuern hat das systematische Problem, dass hier Steuerungswirkung und Ertrag in Konkurrenz zueinander stehen.

Ich behaupte keineswegs, dass diese Probleme alle gleich zu gewichten oder allesamt unlösbar wären. Aber bisher kenne ich kaum ein Modell, das die eigenen politischen Voraussetzungen und Folgen auch offen darlegt und reflektiert. Würde das geschehen, so befänden wir uns genau in dem politischen Diskussionsprozess, den ich oben beschrieben habe: Wie wollen wir leben und arbeiten? Darin aber sind Modelle zu früh. Sie können erst an dessen Ende stehen und sind heute deshalb nur sehr eingeschränkt nützlich.

*(gekürzt aus: Werner Rätz: Für ein bedingungsloses Grundeinkommen sind Finanzierungsmodelle unvermeidlich, aber schädlich! Netzwerk Grundeinkommen, Newsletter Nr. 8, Herbst 2006)*

# Bedingungsloses Grundeinkommen und soziale Sicherungssysteme

In Deutschland erhielten am Jahresende 2006 8,3 Millionen Menschen Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme. Damit waren 10 % der in Deutschland lebenden Menschen auf existenzsichernde finanzielle Hilfen des Staates angewiesen. Im Jahr 2006 wurden für diese Leistungen 45,6 Milliarden Euro ausgegeben.

Die Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme sind finanzielle Hilfen des Staates, die zur Sicherung des grundlegenden Lebensunterhalts dienen. Dazu zählen folgende Leistungen:

- Arbeitslosengeld II/Sozialgeld nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II „Grundsicherung für Arbeitsuchende“)
- Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII „Sozialhilfe“
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII „Sozialhilfe“
- Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
- Leistungen der Kriegsopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz

Menschen in den Stadtstaaten und den neuen Bundesländern waren 2006 besonders häufig auf Leistungen der Mindestsicherung angewiesen. 20 % der Berliner BürgerInnen erhielten Leistungen zur Sicherung des grundlegenden Lebensunterhalts. Die niedrigsten Bezugsquoten hatten Bayern (5 %) und Baden-Württemberg (6 %).

## Empfänger/-innen von Leistungen der sozialen Mindestsicherung am Jahresende 2006 und Bruttoausgaben im Laufe des Jahres 2006

Leistungsart	Empfänger/-innen	Ausgaben in Milliarden Euro
Ausgaben in Milliarden Euro	7 283 493	40,5 *
davon		
Arbeitslosengeld II	5 310 821	-
Sozialgeld	1 972 672	-
Mindestsicherungsleistungen im Rahmen der Sozialhilfe nach dem SGB XII insgesamt	763 809	3,7
davon		
Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen	81 818	0,5
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	681 991	3,2
Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	193 562	0,9
Laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge	59 849	0,5**
Insgesamt	8 300 713	45,6

\* Ausgaben für Leistungen, die unmittelbar für die Kosten des Lebensunterhalts gezahlt werden (sogenannte „passive Leistungen“).

\*\* Gesamtausgaben der Kriegsopferfürsorge; Exakte Untergliederung der Ausgaben nach „laufenden Leistungen“ nicht möglich.

- Keine Untergliederung möglich.

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Bundesministerium für Arbeit und Soziales

# Verdeckte Armut

Bei der Vergabe von Sozialleistungen können in zweifacher Richtung Fehler passieren. Personen können Leistungen beziehen, die ihnen nach den geltenden Regeln nicht zuständen. Das würde etwa der Fall sein, wenn ein Grundeinkommen gezahlt würde und sich Reiche um ihre Steuerschuld drücken. Das wäre ärgerlich, aber menschenrechtlich kein Problem. Umgekehrt gilt, dass immer da, wo vor Vergabe der Leistung die Berechtigung überprüft wird, Personen die Leistung nicht erhalten werden, denen sie eigentlich zustände. Man spricht in diesem Fall von verdeckter Armut, die systematisch und immer mit bedarfsgesprüften Leistungen verbunden ist.

## Zum Lesen

■ *Stephan Selke: Fast ganz unten. Wie man in Deutschland durch die Hilfe von Lebensmitteltafeln satt wird*, Verlag Westfälisches Dampfboot Münster 2008, 240 Seiten, ISBN 978-3-89691-754-6, 19,90 €

Ein Jahr lang beobachtete Stephan Selke die Arbeit von HelferInnen und das Leben Bedürftiger.

Sein Erfahrungsbericht zeigt einen sozialen Ort, der schleichend Teil unserer Gesellschaft wurde, und gibt der Armut viele neue Gesichter. Was im Selbstverständnis der Beteiligten Hilfe und Umverteilung ist, schafft in Wahrheit Ausschlüsse für Betroffene und Gewinnmöglichkeiten für Konzerne.

■ *Steffen Stierle: Reichtum & Armut – eine Verteilungsfrage*. Attac-Basistext 34, VSA-Verlag Hamburg 2010, 96 Seiten, ISBN 978-3-89965-398-4, EUR 6.50

Der Autor, Mitglied im Koordinierungskreis von Attac, der AG Lateinamerika und der AG Solidarische Ökonomie, untersucht Verteilungsgerechtigkeit und die wichtigsten Ursachen der höchst ungerechten Verteilung. Er zeigt kurzfristig umsetzbare Alternativen – national wie global.

## Im Internet

■ [www.boeckler.de/pdf\\_fof/S-2008-182-4-3.pdf](http://www.boeckler.de/pdf_fof/S-2008-182-4-3.pdf)  
Die Studie von Irene Becker und Richard Hauser zeigt am Beispiel Kindergrundsicherung, Kindergeld und

Kinderzuschlag das Ausmaß verdeckter Armut in Deutschland und benennt Abhilfen.

■ [http://www.masgff.rlp.de/fileadmin/masgff/soziales/Endbericht\\_Arbeitsfassung\\_Druck\\_22.02.10\\_NEU1.pdf](http://www.masgff.rlp.de/fileadmin/masgff/soziales/Endbericht_Arbeitsfassung_Druck_22.02.10_NEU1.pdf)

Die LIGA der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz kommentieren den 4. Armutsbericht der Landesregierung und zeigen detailliert die neuen Gesichter der Armut.

## Das Grundrecht auf eine Absicherung des menschenwürdigen Existenzminimums...

... ist ein individuell und sanktionsfrei garantiertes Grundrecht, das die Existenz sichern und soziale, politische und kulturelle Teilhabe ermöglichen soll. Damit hat das Bundesverfassungsgericht drei wichtige Bestimmungsstücke der Grundabsicherung in Richtung Grundeinkommen vorgenommen.

Deutlich wurde auch, dass das Bundesverfassungsgericht nur in geringem Maße tatsächlich Einfluss auf gesetzgeberische Maßnahmen hinsichtlich der Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums hat. Vieles liegt in der Hand des Souveräns, also des Volkes, der politischen Akteure und der gewählten Abgeordneten im Parlament. Wie das Existenz- und Teilhabeminimum ermittelt wird und mit welchem Transfer- und Infrastruktursystem das Grundrecht am besten gewährleistet wird, ist eine wissenschaftlich und politisch zu beantwortende Frage.

Dass das bedingungslose Grundeinkommen, welches in der Tat eine existenz- und teilhabesichernde Höhe hat, den monetären Aspekt der Grundrechtsrealisierung nun am besten befriedigen kann, ergibt sich unter anderem aus folgenden Überlegungen: Da auf das Grundeinkommen alle gleichermaßen einen Anspruch haben, fallen Stigmatisierungen, Abhängigkeits- und Gnadenverhältnisse zwischen Transferbe-

ziehenden und nicht Transferbeziehenden, die zudem noch von einem quantitativen Unterlegenheitsverhältnis geprägt sind, auf unfruchtbaren Boden.

Grund- und Mindestsicherungen dagegen bilden den Nährboden für Stigmatisierungen mit der Folge verdeckter Armut (Nichtinanspruchnahme zustehender Leistungen) sowie von Neid- und Sozialschmarotzerdebatten – auch mit der Folge öffentlicher Stimmungsmache zwecks allgemeiner Leistungskürzungen und Sozialabbau. Grund- bzw. Mindestsicherungsleistungen sind daher nicht nur grundrechtlich äußerst bedenklich. Sie sind auch strukturelle Grundlage der durch die von den Westerwelles und Kochs geschürten Spaltungen der Gesellschaft.

Wenn verdeckte Armut die Folge von Transfersystemen ist, dann sind diese Transfersysteme nicht geeignet, das Grundrecht auf die Sicherung der Existenz und Teilhabe zu gewährleisten: „Der gesetzliche Leistungsanspruch muss so ausgestaltet sein, dass er stets den gesamten existenznotwendigen Bedarf jedes individuellen Grundrechtsträgers deckt“ (Rd. Nr. 137). Im Falle verdeckter Armut wird weder stets noch der gesamte Bedarf des individuellen Grundrechtsträgers gedeckt.

Bedürftigkeitsgeprüfte Transfersysteme, also Grund- und Mindestsicherungen, sind wegen ihres stigmatisierenden und diskriminierenden Charakters Ursachen für verdeckte Armut. Sie sind daher aus

grundrechtlichen Erwägungen in Frage zu stellen. So sieht es beispielsweise auch die Diakonie Deutschland: „Ein Grundsicherungssystem kann das Problem verdeckter Armut nicht lösen. Selbst wenn die Sozialleistung durch ein Amtsermittlungsprinzip ergänzt wird, das heißt im Falle des Bekanntwerdens der Hilfebedürftigkeit von sich aus tätig werden müsste, können so nicht immer alle Bedürftigen erreicht werden.“

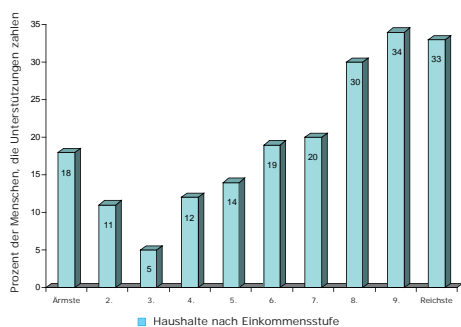
Fakten zur verdeckten Armut: In der jüngsten Studie von Irene Becker und Richard Hauser (zwei renommierte Armuts- und Reichtumsforscher) zum Thema Kindergrundsicherung wird dargelegt, dass weitere ca. 5,9 Millionen Berechtigte Anspruch auf Leistungen nach dem Zweiten und Zwölften Buch Sozialgesetzbuch hätten, diese aber nicht erhalten. Das heißt, auf jeden Anspruchsberechtigten, der die Grundsicherungsleistungen tatsächlich erhält, kommt knapp noch ein Anspruchsberechtigter, der diese Leistung nicht erhält, obwohl sie ihm zusteht.

Ein Grundeinkommen würde mit dieser eklatanten Grundrechtsverletzung endgültig Schluss machen – Grund- und Mindestsicherungen sind dazu nicht in der Lage.

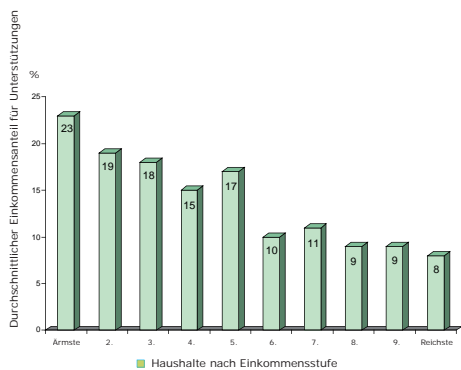
*Aus: Ronald Blaschke: Was besagt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 09. Februar 2010 zu den Hartz-IV-Regelleistungen (Zweites Buch Sozialgesetzbuch, SGB II)?*

# Soziale Sicherungssysteme - Beispiel Namibia

In den arm gemachten Ländern des Südens bestehen in der Regel keine öffentlichen Hilfssysteme für Menschen in materieller Not. Zwar beginnen vor allem in Lateinamerika Regierungen damit, ausgewählten Gruppen geringe Beträge zu zahlen, aber besonders in Afrika hängen die Armen noch sehr weitgehend von der Solidarität ihrer Nachbarn und Verwandten ab. Namibia ist ein typisches Beispiel für eine solche Struktur privater „Sozialhilfe“.



Die Grafiken teilen die namibische Gesamtbevölkerung entsprechend ihres Einkommens in Zehntel, die vom ärmsten Zehntel links beginnen und das reichste Zehntel rechts zeigen. Grafik 1 besagt, ein wie großer Anteil aus der jeweiligen Einkommensgruppe Hilfszahlungen für Nachbarn und Verwandte leistet. In Grafik 2 wird sichtbar, einem wie hohen Anteil ihres jeweiligen Gesamteinkommens das entspricht.



Trotz einer relativ großzügigen Geberstruktur leben über 60 Prozent der NamibierInnen in (oft extremer) Armut. Schon ein sehr geringes Grundeinkommen von 100 namibischen Dollar (knapp 10 €) würde die Armut weitgehend, die extreme Armut völlig beseitigen.

# Freihandel

Eine zentrale These der klassischen Nationalökonomie besagt, dass der freie Welthandel mit Waren dazu führt, dass Produkte immer dort hergestellt werden, wo dies mit den geringsten Kosten möglich ist. Selbst wenn dies zutreffen würde – das tut es in der wirklichen Welt deshalb nicht, weil die These real existierende Machtverhältnisse ausblendet –, hätte es für viele Menschen fatale Folgen. Der Mann zum Beispiel, der in Namibia im Dorf Ojivero, wo es ein Grundeinkommen gab, Lehmziegel herstellt und sie bis in die Hauptstadt verkauft, würde sich rasch chinesischer oder vietnamesischer Billigkonkurrenz ausgesetzt sehen und sein Geschäft nicht weiter betreiben können.

## Zum Lesen

■ *Annette Groth & Theo Kneifel, Europa plündert Afrika. Der EU-Freihandel und die EPAs*, VSA-Verlag Hamburg 2007, 96 Seiten, ISBN 978-3-89965-228-4, 6,50 € Die Europäische Union unterhält seit ihren Anfängen besondere Beziehungen zu den Ländern, die ehemals Kolonialgebiete ihrer Mitgliedstaaten waren. Was zu Beginn noch Vorteile für die Ex-Kolonien bedeutete, hat sich mittlerweile in einen massiven Druck zur Marktöffnung und freien Konkurrenz gewandelt. Am Beispiel der wirtschaftlichen Partnerschaftsabkommen mit den afrikanischen Ländern wird dies besonders deutlich.

■ *Mathias Binswanger, Globalisierung und Landwirtschaft. Mehr Wohlstand durch weniger Freihandel*, Pictus Verlag Wien 2009, 64 Seiten, ISBN 978-3-85452-583-7, 9,80 €

Vor allem KleinbäuerInnen sind VerliererInnen des Freihandels im Agrarsektor. Zölle und Handelsbeschränkungen zum Schutz der Landwirtschaft sind notwendig.

## Im Internet

■ [www.stop-assoziierung.de](http://www.stop-assoziierung.de)  
Webseite der Kampagne gegen die Freihandelsabkommen der EU mit Zentralamerika

■ [http://www.epo.de/index.php?option=com\\_taxonomy&tag=Freihandel](http://www.epo.de/index.php?option=com_taxonomy&tag=Freihandel)  
Entwicklungspolitik online mit vielen Infos zu konkreten Freihandelsmaßnahmen

■ <http://ullaebner.wordpress.com/2011/01/26/die-jagd-nach-rohstoffen/>  
Radiosendung zur aktuellen EU-Freihandelspolitik

## Namibia nach dem Kolonialismus

Entwicklung bezieht sich nicht nur auf die Wirtschaft, sondern muss auch Menschenrechte, gemeinschaftliche Rechte und das Recht auf nationale und regionale Selbstbestimmung miteinbeziehen. Sie befasst sich auch mit Themen wie Gleichheit und Fairness bei der Verteilung der Ressourcen auf lokaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene. Die Förderung sozialer Dienstleistungen wie Wasser, Energie, Gesundheit und Erziehung kann nicht für alle garantiert werden, solange diese den Kräften des Marktes überlassen werden. Soziale Leistungen sind keine geeigneten Materien für Privatisierung, da sie Teil der grundlegenden Menschenrechte sind und Staaten die Verantwortung haben, sie für das ganze Volk sicherzustellen.

Nach zwanzig Jahren Unabhängigkeit weist die namibische Wirtschaft noch immer alle Kennzeichen einer klassischen neokolonialen Ökonomie auf. Ihr Export besteht hauptsächlich aus unverarbeiteten (oder halbverarbeiteten) Mineralien, Diamanten und aus Fisch, während die meisten Konsumgüter weiterhin importiert werden. Die vorgeschlagenen *Economic Partnership Agreements* der Europäischen Union (EPAs) werden von der namibischen Regierung weiterhin abgelehnt, weil sie Namibia noch stärker für Produkte und Dienstleistungen europäischer Konzerne öffnen und eine mehr inlandszentrierte Entwicklung fast unmöglich machen würden.

Namibias wirtschaftliche Schlüsselressourcen wie Land, Mineralien und Fisch stehen immer noch zu



einem großen Teil unter der Kontrolle ausländischer Konzerne und Personen, weshalb die Unabhängigkeit Namibias nur als eine teilweise bezeichnet werden kann. Ökonomische Unabhängigkeit ist zweifellos noch ein weit entfernter Traum, solange Namibia nicht entschiedene Schritte unternimmt, um lokale Kontrolle über die wirtschaftlichen Ressourcen des Landes zu ermutigen und zu fördern mit dem Ziel, ihre Erträge der Bevölkerungsmehrheit und nicht nur ausgewählten Wenigen zugänglich zu machen.

Ausgangspunkt für eine regionale Strategie zur Schaffung mehrwerterzeugender Produktionsketten wird eine vorrangige Nutzung von lokalen Rohstoffen ebenso wie die Förderung lokaler Anbieter sein müssen, um Konsumentenbedürfnisse an Nahrungsmitteln, Kleidung, Möbeln und anderen grundlegenden Gütern zu befriedigen. Maßnahmen wie die Verpflichtung von Großhändlern, einen zunehmenden Anteil ihrer Güter und Dienstleistungen lokal zu beziehen, sind Schritte in die richtige Richtung und Namibia hat begonnen, solche Schritte zu setzen.

Ein anderer Schlüsselaspekt ist es, die Abhängigkeit von ausländischem Kapital zu reduzieren und im Umgang mit ausländischen Investoren sehr selektiv vorzugehen. Einige südostasiatische Länder haben in dieser Hinsicht gute Beispiele gegeben und dadurch gezeigt, dass eine kohärente Industrialisierungsstra-

tegie zum Transfer von Qualifikation und Technologie bei gleichzeitiger Herausbildung lokaler Kapazitäten führen kann.

Ideen wie diese, verbunden mit Maßnahmen einer Umverteilung zur Verringerung der Lohnunterschiede und mit der Einführung eines Grundeinkommens (Basic Income Grant/BIG) stehen zweifellos gegen die neoliberale Ideologie der Globalisierung. Namibia und seine afrikanischen Nachbarn werden daher strategisch überlegen müssen, wie afrikanische Zusammenarbeit am besten sinnvoll verstärkt werden und wie man sich gleichzeitig selektiv von jenen Aspekten der Globalisierung entkoppeln kann, die eine inlandszentrierte Entwicklung und die Transformation von Afrikas neokolonialer Entwicklung verhindern.

Die Machtposition derjenigen, welche den derzeitigen Globalisierungsprozess vorantreiben – wie der transnationalen Konzerne und ihrer Verbündeten auf Regierungsebene (G8) oder der Weltbank und der WTO – wird in Frage gestellt werden müssen, um globale Bedingungen herstellen zu können, die für das Erreichen sozialer Gerechtigkeit und für die Überwindung von Armut und Massenarbeitslosigkeit besser geeignet sind.

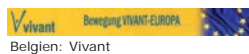
*Gekürzt aus: Herbert Jauch, Zwanzig Jahre Namibia. Was heißt „postkoloniale Entwicklung“? In: Indaba, SA-DOCC-Magazin für das Südliche Afrika, 2/2010*

# Netzwerke für ein Grundeinkommen - überall auf der Welt!

Das **Weltgrundeinkommensnetzwerk** wurde als europäisches Netzwerk schon 1986 gegründet und vereinte damals ganz überwiegend wissenschaftlich am Thema Interessierte und weniger politische AktivistInnen. Heute gibt es knapp 200 Mitglieder und Förderer aus allen Erdteilen. Bei den alle zwei Jahre stattfindenden Kongressen werden mit dem Grundeinkommen verbundene Themen intensiv behandelt, die Referate sind im Internet zugänglich:



[www.basicincome.org/bien/index.html](http://www.basicincome.org/bien/index.html)



Basic Income Guarantee Australia (BIGA)



Namibia: Basic Income Grant Coalition



[www.grundeinkommen-attac.de](http://www.grundeinkommen-attac.de)

# Sozialgeldtransfer

Seit geraumer Zeit gelten Programme zur Ausstattung der Ärmsten mit geringen Geldbeträgen als wichtiges Mittel der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Dabei gibt es eine Debatte darüber, ob Zahlungen – die deutlich niedriger sind als unsere Sozialhilfe – mit Bedingungen versehen sein sollen oder nicht. Die Weltbank fördert solche Ansätze massiv, wenn sie zum Beispiel den Schulbesuch der Kinder oder die Teilnahme an bestimmten Gesundheitsprogrammen verlangen. Erfahrungen zeigen allerdings, dass die Ergebnisse der Programme mit Bedingungen nicht besser ausfallen als dort, wo den Armen die Entscheidung über ihr Verhalten selbst überlassen wird.

## Zum Lesen

■ *Michael Bergstreser/Franz-Josef Möllenberg/Gerd Pohl (Hg.): Globale Hungerkrise. Der Kampf um das Menschenrecht auf Nahrung*, VSA-Verlag, Hamburg 2009, 192 Seiten, ISBN 978-3-89965-383-0, 12,80 €

Dass eine Milliarde Menschen hungern, während für alle genügend Nahrungsmittel vorhanden sind, ist vielleicht der größte Skandal in einer an Obszönitäten reichen Welt.

■ *Lutz Leisering/Petra Buhr/Ute Traiser-Diop: Soziale Grundsicherung in der Weltgesellschaft. Monetäre Mindestsicherungssysteme in den Ländern des Südens und des Nordens*. Weltweiter Survey und theoretische Vertiefung, transcript Verlag, Bielefeld 2006, 342 Seiten, ISBN 978-3-89942-460-7, 29,80 €

Leider nicht mehr ganz aktuell, aber der einzige Überblick in Buchform, der vorliegt.

## Im Internet

■ [http://www.eed.de//fix/files/doc/EED\\_BfdW\\_sozialgeldtransfers\\_08\\_deu.pdf](http://www.eed.de//fix/files/doc/EED_BfdW_sozialgeldtransfers_08_deu.pdf)

Umfassende Studie von Rolf Künnemann und Ralf Leonhard über Programme in Brasilien, Sambia und Malawi

■ <http://www.grundeinkommen.de/content/uploads/2010/02/grundeinkommen-brasilien.pdf>

Das größte Sozialgeldprogramm weltweit, *bolsa familia*, erreicht mehr als ein Viertel der brasilianischen Bevölkerung. Es ist mit Bedingungen versehen, schließt die Allerärmsten aus und ist trotzdem sehr erfolgreich.

■ [http://www.brot-fuer-die-welt.de/downloads/fachinformationen/analyse01\\_grundsicherung.pdf](http://www.brot-fuer-die-welt.de/downloads/fachinformationen/analyse01_grundsicherung.pdf)  
Eine Studie über Positionen verschiedener Akteure der Entwicklungszusammenarbeit zum Thema soziale Sicherungssysteme

■ [http://www.welthungerhilfe.de/fileadmin/media/pdf/Wirklichkeit\\_Entwicklungshilfe/WdEH\\_18\\_2010\\_internet.pdf](http://www.welthungerhilfe.de/fileadmin/media/pdf/Wirklichkeit_Entwicklungshilfe/WdEH_18_2010_internet.pdf)

Welthungerhilfe und *terre des hommes* analysieren entwicklungspolitische Defizite von Private-Public-Partnership-Programmen

## Förderung von sozialen Sicherungssystemen in Entwicklungsländern

„13. Wie beurteilt die Bundesregierung die Rolle von *Social Cash Transfers* zur Armutsreduktion in Entwicklungsländern?

*Social Cash Transfers* spielen neben anderen Instrumenten der sozialen Sicherung eine wichtige Rolle bei der Armutsreduzierung in Entwicklungsländern. Sie können dazu beitragen, in besonders armen und verwundbaren Haushalten sowohl die Ernährungssituation zu verbessern als auch den Zugang zu Gesundheit und Bildung zu ermöglichen bzw. zu verbessern. Darüber hinaus ermöglichen *Social Cash Transfers* kleinere Investitionen und tragen somit zur Stärkung des Selbsthilfepotenzials bei. ...

b) Hält die Bundesregierung nur umfassende Programme (wie z.B. *bolsa familia* in Brasilien) für aussagekräftig oder auch Einzelprojekte (wie z.B. das in Kalomo, Sambia, von 2005 bis 2007 von der GTZ durchgeführte)?

Programme wie *Bolsa Família* sind aufgrund ihrer Breitenwirksamkeit von hoher Bedeutung. Einzelprojekte, wie das in Kalomo (Sambia), können als Pilotvorhaben wertvolle Erkenntnisse über Wirkungszusammenhänge, Umsetzungsmodalitäten, Bedarfe etc. liefern. ...

d) Hat es bezüglich des Projekts in Kalomo Evaluationen seitens der deutschen EZ gegeben, sind diese öffentlich zugänglich und wie beurteilt die Bundesregierung sie?

Es gibt verschiedene Evaluierungen, u.a. des *Ministry of Community Development and Social Services* (MCDSS) und der GTZ, die auch öffentlich zugänglich sind. Die Evaluierung zeigt, dass mit dem Projekt in Kalomo wesentlich zur Armutsreduktion in den Empfängerhaushalten beigetragen werden konnte: Es verbesserte sich die Ernährungssituation und der Zugang zu Gesundheits- und Bildungseinrichtungen. Das Projekt hat zudem die Selbsthilfekräfte der Empfängerhaushalte aktiviert und lokale Wirtschaftskreisläufe gestärkt.

f) Hat sich nach Meinung der Bundesregierung insbesondere das Auswahlkriterium der Berechtigten im Kalomo-Projekt (Familien ohne arbeitsfähige(n) erwachsene(n) Ernährerin/Ernährer) bewährt?

Die erwähnte Zielgruppe besteht aus den ärmsten Haushalten in den ausgewählten Distrikten. Bereits geringe Transfers können hier signifikante Wirkungen in Bezug auf Armutsbekämpfung entfalten, zum Beispiel gehen Kinder wieder zur Schule und integrieren sich besser, die Gesundheits- und Ernährungssitua-

tion verbessert sich, Transportkosten zur nächsten Krankenstation können bezahlt werden etc.

Grundsätzlich unterstützt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit die Partnerländer bei der bestmöglichen Identifizierung der Zielgruppen.

g) Gibt es nach Meinung der Bundesregierung relevante verallgemeinerbare Unterschiede in der Wirkung von „unconditional“ oder „conditional SCT“?

Die Frage, ob *Social Cash Transfers* konditioniert oder unkonditioniert vergeben werden sollten, liegt im Ermessen des Partnerlandes. Die bisherigen Erfahrungen mit *Social Cash Transfers* zeigen keine verallgemeinerbaren Unterschiede in den Wirkungen von konditionierten und nichtkonditionierten Programmen.

14. Ist der Bundesregierung das *Basic Income Grant* (BIG)-Projekt in Otjivero/Omitara (Namibia) bekannt, das von zivilgesellschaftlichen Organisationen auf Spendenbasis durchgeführt wird, und wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse?

Das *Basic-Income-Grant*-(BIG)-Projekt in Otjivero/Omitara (Namibia) ist der Bundesregierung bekannt. Für eine Beurteilung der Ergebnisse durch die Bundesregierung muss vom Projektträger noch die Schlussevaluierung vorgelegt werden. Ein Angebot der Bundesregierung über eine Unterstützung des Monitorings und einer Evaluierung wurde von den Projektträgern nicht angenommen.

*Aus der Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Grünen vom 20.4.2010*